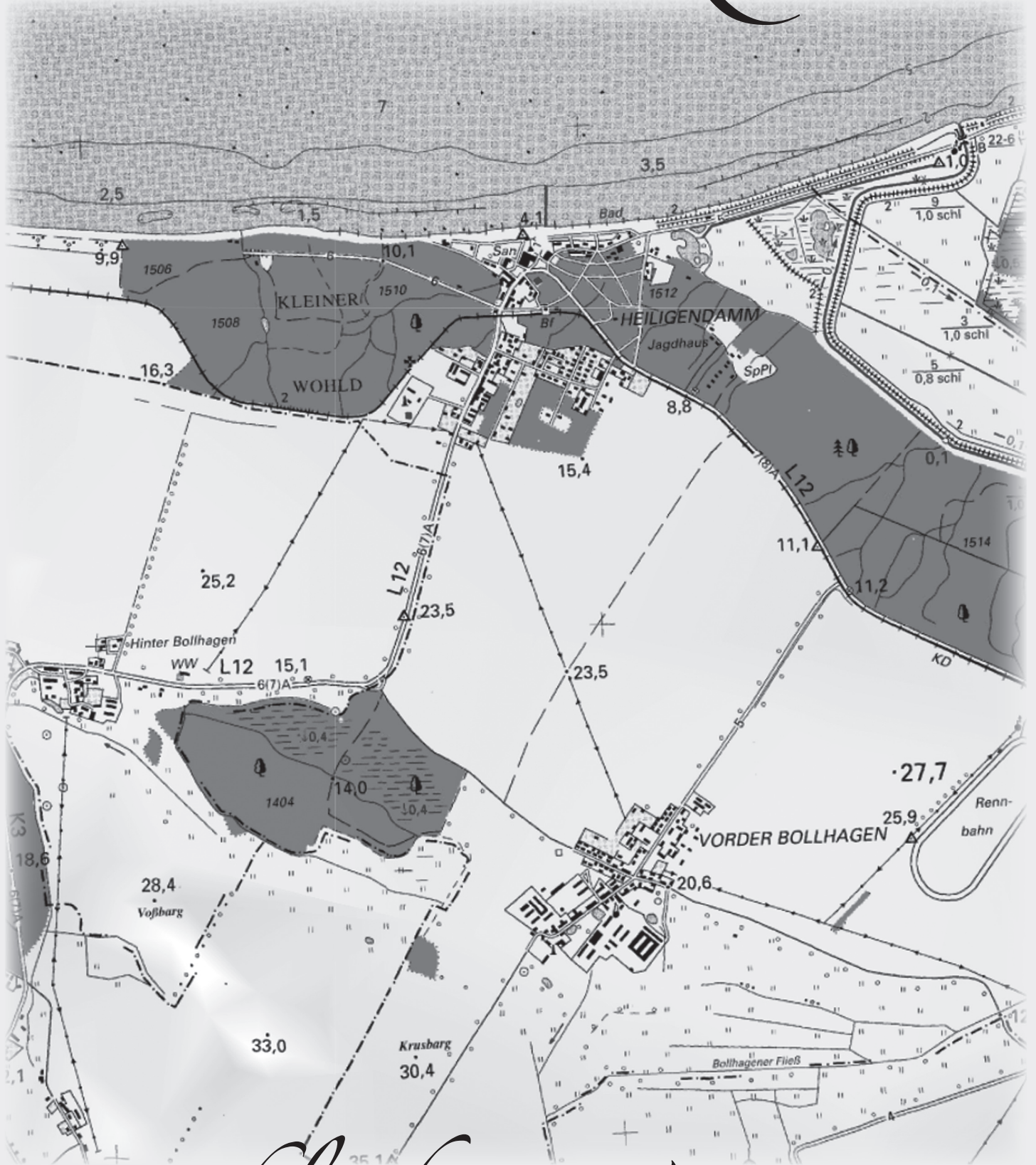


Politisch Reisen



Mecklenburg-Vorpommern

Einleitende Worte

Dieser politische Reiseführer durch Mecklenburg-Vorpommern (kurz: M-V) nimmt seinen Anlass in der Entscheidung, die G8 hierher einzuladen. Keiner der Autoren der Texte hat die G8 eingeladen, aber wie andere Menschen aus M-V werden sie sich dagegen zu wehren wissen.

Die Erfahrung vergangener Gipfel hat gezeigt, dass nicht nur Gipfel kommen und gehen, sondern auch die GegendemonstrantInnen. Meist reisen sie nur für ein paar Tage an, machen ihre Aktionen und verschwinden wieder. Ohne etwas von der Region, in der der Gipfel stattfand mitbekommen zu haben. Der/die gipfelhoppende DemonstrantIn neigt dazu die Proteste von der lokalen Umgebung, in die stattfinden, loszulösen. Meist liegt das daran, dass zu wenig Informationen aus der Region vorliegen. Folge davon ist, dass Aktionen mißverstanden werden, falsch verlaufen, oder keine Unterstützung in der Bevölkerung finden.

Diese Broschüre ist erstellt worden, um Menschen, die zu der G8 nach M-V kommen wollen, zu ermöglichen sich auf die Umgebung vorzubereiten. Der Reiseführer, kann jedoch keinen Aufenthalt vor Ort ersetzen, der ein tieferes Verständnis für die Menschen vor Ort zu gewinnen ermöglicht, als jeder Text. Neben dem allgemeinen, vorbereitenden Teil will die Broschüre auch auf die regionalen Probleme und die Widerstände dagegen eingehen. Dies empfinden wir als wichtig, da die globalen Proteste auch immer einen lokalen Bezug haben sollten. Die Proteste gegen die G8 2007 sollten also auch auf die regionalen Widerstände in M-V Bezug nehmen

(was sie im Laufe der bisherigen Vorbereitungen schon häufig getan haben.)

Außerdem erhoffen wir uns, dass die Gipfelproteste genutzt werden können, das Protestpotenzial im Land zu stärken. Vielleicht gibt der ein oder andere Artikel für den/die geneigtEn LeserIn Anlass sich mit Gruppen in M-V zu vernetzen, sie in ihren Kämpfen zu unterstützen odere sogar sich nach dem Gipfel nieder- oder zumindest nicht-alleine-zu-lassen, da die lokalen Probleme auch nach dem Gipfel nicht verschwunden sein werden.

Es konnten leider nicht alle Artikel, die angefragt worden sind, auch eingetrieben werden. Somit hinterläßt diese Broschüre einige Leerstellen.

Mögest Du die hierin enthaltene Information sinnvoll einzusetzen wissen - in den Protesten gegen die G8 und darüber hinaus.

Fritz Müller

Impressum:

Auflage: unbekannt, weil dezentraler Druck

V.i.S.d.P.: für die Inhalte der Texte sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Layout: Fritz Müller

Die abgebildeten Kartenteile sind entnommen der DVD: Mecklenburg-Vorpommern 3D; ISBN 978-3-935603-75-1

Inhaltsverzeichnis

Einleitend:

Linkes Mecklenburg-Vorpommern?	S. 3
Allgemeine Einführung in Mecklenburg-Vorpommern	S. 5

Regional:

Landkreis Bad Doberan	S. 8
Stadtführung durch Bad Doberan und Heiligendamm	S. 10

Themenspezifisch:

Rechte Volksfront auf dem Vormarsch	S. 14
Nach der Wahl ist vor der Wahl	S. 16
Marinestandort Rostock	S. 18
Erwerbslosenproteste in Mecklenburg-Vorpommern	S. 19
Über Dschungelheim-Debatten, Angstzonen und Abschiebungen nach Togo	S. 20
Zur Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern	S. 24
Anti-Atom-Proteste in Mecklenburg Vorpommern	S. 30
Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	S. 31

Linkes Mecklenburg-Vorpommern?

Das vorliegende Heft will linke Gegner des G8 – Gipfels in Heiligendamm im Sommer 2007 nach Mecklenburg-Vorpommern einladen, um die bundesweite Ablehnung dieses Treffens der selbsternannten ‚Weltregierung‘ nachhaltig und friedlich auszudrücken. Die Initiatoren der Proteste aus unserem Bundesland haben mich nun gebeten, den hoffentlich zahlreichen Teilnehmern aus anderen Bundesländern die politische Situation unseres Landes und insbesondere seine linken Kräfte etwas vorzustellen.

Um den LeserInnen den Hintergrund meiner Darstellungen zu verdeutlichen und weil mein Weg seit 1990 manches aus der Geschichte der letzten 16 Jahre exemplarisch verdeutlicht, will ich mich kurz vorstellen. Ich bin vom Jahrgang 1949 und habe von 1968 bis 1992 an der Universität in Greifswald stu-



diert (Deutsch, Geschichte), promoviert und mich habilitiert (im Fach deutsche Sprache) sowie als Sprachwissenschaftler gearbeitet. In der Folge der Umstrukturierungen (mensch kann auch angeblich notwendige Erneuerung dazu sagen!) wurde ich 1992 ‚mangels Bedarf‘ entlassen. Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit wurde ich 1994 über die Landesliste der PDS Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und blieb dies bis 2006. Aufgrund von grundsätzlichen Problemen mit der Politik der PDS-Landtagsfraktion trat ich 2004 aus dieser aus und arbeitete zwei Jahre als fraktionsloser Abgeordneter. 2006 habe ich nicht mehr kandidiert.

Nach mehr als 20 Jahren Mitgliedschaft in der SED wurde ich 1990 der erste ehrenamtliche Kreisvorsitzende der PDS in Greifswald und 1993 des Kreisverbandes Anklam - Greifswald - Wolgast. Heute bin ich Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald (in der Fraktion der Linkspartei.PDS seit 1999) und einer der SprecherInnen der Landesarbeitsgemeinschaft der Antikapitalistischen Linken in und bei der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern.

Der Zusammenbruch des ‚real existierenden Sozialismus‘ führte bei vielen linken Kräften zu Unsicherheit und Desorientierung. So reduzierte sich die Mitgliedschaft der alten SED im damaligen Kreisverband Greifswald innerhalb eines Jahres von rund 11.000 auf ca. 1.500 in der PDS. Viele der ehemaligen SED-Mitglieder zogen sich aus den politischen Auseinandersetzungen generell zurück. In der PDS überwog damals der Wille, sich kritisch mit der Ge-

schichte der DDR auseinander zu setzen und aus den Fehlern zu lernen, um aus dem antikapitalistischen Grundkonsens heraus auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen und entsprechend gestalterisch wirksam zu werden. Eine der Grundvoraussetzungen dafür stellte nach unserer Überzeugung die basisdemokratisch gestaltete Arbeit der Partei und die Ablehnung jedes Ansatzes von Stalinismus sowie des damit verbundenen ‚demokratischen Zentralismus‘ der SED dar. Die Landessatzung unseres Landesverbandes spiegelt dies bis heute weitgehend wider. Bezüglich der praktischen Arbeit der Partei in MV sehe nicht nur ich inzwischen erhebliche Probleme in dieser Hinsicht.

Auf der damals erarbeiteten Basis gelang es der PDS sowohl durch die Verankerung in den außerparlamentarischen Gruppierungen und Bewegungen als auch durch die Oppositionstätigkeit im Landtag und den kommunalen Vertretungen ihren Einfluss im Land und ihre Akzeptanz als politische Alternative wesentlich zu stärken. Das führte 1998 (bei Bundestags- und Landtagswahl, die am gleichen Tag stattfanden) zu einem Wahlergebnis von fast 25%. Da die SPD gleichzeitig zur stärksten Fraktion im Landtag aufstieg, hatte sich in MV eine ‚strategische Mehrheit‘ links der CDU herausgebildet. Darin spiegelte sich die große Enttäuschung vieler Menschen über den ‚real existierenden Kapitalismus‘ und ihr Desillusionierung wider. Zu beachten bleibt in diesem Zusammenhang, dass es ein deutliches West-



Ost-Gefälle im Lande gibt. Das gilt zum einen für die sozialen Verhältnisse, denn Vorpommern weist z.B. bis heute erheblich höhere Arbeitslosenquoten auf als Mecklenburg. Trotzdem verfügt die CDU ebenfalls bis heute in Vorpommern über die Mehrheit der Wählerstimmen bis in die kommunalen Vertretungen hinein. In den meisten Kommunalparlamenten Vorpommerns stellt die Linkspartei.PDS die zweitmeisten Abgeordneten, während die SPD hier relativ schwach vertreten ist.

Die ‚strategische Mehrheit‘ links der CDU blieb 2002 erhalten, auch wenn die PDS erheblich an Zuspruch verlor, während die SPD ihre Position ausbauen konnte. Die gerade durchgeführten Landtagswahlen (erstmalig nicht zeitgleich mit der Bundestagswahl!) erbrachten den Verlust der Mehrheitspositionen links der CDU und führten zu einer großen



Koalition unter Führung der SPD. Bemerkenswert dabei, dass die CDU von der Unzufriedenheit mit der rot - roten - Regierung nicht profitieren konnte, sondern ebenfalls an Stimmen verlor. Diese Unzufriedenheit vor allem mit der sozialen Situation vieler Menschen nutzte die rechtsextreme NPD mit einem äußerst verlogenen Wahlkampf und zog erstmals in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein. Dieses Ergebnis ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Wahlbeteiligung um rund 10% zurück ging und gerade viele linke WählerInnen nicht abstimmten. So hat die Linkspartei.PDS über 22.000 Stimmen absolut verloren, davon rund zwei Drittel an die NichtwählerInnen.

Ist die linke Szene in MV also von Resignation und Aufgabe geprägt? Ich denke, dass mensch dies so nicht sagen kann. Schon in den 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden im ganzen Bundesland zahlreiche Vereine und Gruppen, die sich mit der sozialen Notlage vieler Menschen und ihrer Überwindung befassten. Ich erwähne hier nur Landesarmutskonferenz, Altenparlament, Erwerbslosenparlament, Jugend im Landtag, Antigentechnik-inis, runde Tische zur Sozialpolitik sowie viele Projekte gegen die Nazis im ganzen Land. Gerade im letztgenannten Zusammenhang ist es immer wieder gelungen, breite Bündnisse vieler Bewegungen, Gruppen, der Kirchen und Parteien zu bilden, um dem braunen Spuk nicht die Straßen und Plätze unserer Städte zu überlassen. So gelang es z.B. Anfang 2001 in Greifswald , fast 10.000 Menschen

viele Ursachen. Eine davon ist m.E. darin zu suchen, dass die öffentlichen Mittel von Bund und Land zur Unterstützung dieser Aktivitäten nie ausreichend waren und in den letzten Jahren immer weiter gekürzt wurden. Auch die politische Bildung verfügt im Land über unzureichende Mittel und fehlende Strukturen, obwohl sich viele ehrlich bemühen. Ein weiterer Grund besteht darin, dass viele engagierte ‚ältere‘ BürgerInnen ängstlich sind gegenüber dem für sie oftmals ungewohnten Erscheinungsbild vieler Jugendprojekte. Hier müssen wir das Aufeinanderzugehen der Engagierten wesentlich stärker

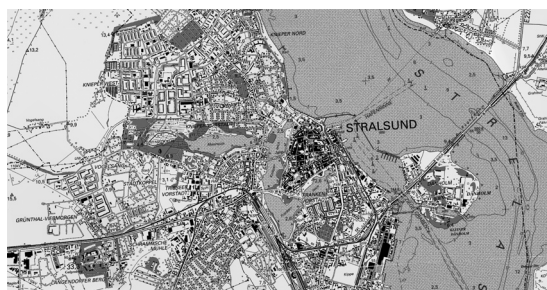


befördern.

Letztlich und gerade mit Blick auf Heiligendamm 2007 – sei darauf verwiesen, dass die massive Polizeipräsenz bei Demonstrationen gegen Rechts immer wieder dafür sorgt, dass viele Menschen aus Angst vor gewalttätigen Auseinandersetzungen zu Hause bleiben oder den Veranstaltungsort gar nicht erreichen können. So war z.B. am 01. Mai 2006 Rostock wegen des Aufmarsches der Nazis und der von einem breiten Bündnis organisierten Gegendemonstration in einer Art und Weise zu einer Festung ausgebaut worden, dass mensch schon Furcht bekommen konnte und z.T. extrem behindert wurde beim Erreichen des Kundgebungsortes.

Auch das Bush – Merkel – Picknick in unserem Bundesland verdeutlichte, dass sich die Sicherheitskräfte zielstrebig darauf vorbereiten, das ganze Land zu einer Festung auszubauen und möglichst viele Gegner von einem friedlichen Protest abzuhalten.

Die linke Szene in Mecklenburg-Vorpommern bereitet sich seit längerem zielstrebig auf die Gegenaktionen vor und hofft auf vielgestaltige Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik und anderen Län-



dern. Zeigen wir eindeutig, dass das Fragezeichen in der Überschrift fehl am Platze ist. Kommt her, lernt das linke Mecklenburg-Vorpommern kennen und stärkt es!

Gerhard Bartels



verschiedenster politischer Ausrichtung zu einer Kundgebung gegen einen Nazi-Aufmarsch zu mobilisieren.

Allerdings zeigte sich nicht nur am Ergebnis der Landtagswahl 2006, dass ein genereller Durchbruch gegen den Rechtsextremismus und den Rassismus in den Köpfen noch nicht gelungen ist. Vor allem in den Gebieten mit der höchsten Arbeitslosigkeit (Uecker-Randow, Ostvorpommern, Demmin) erreichte die NPD vielfach zweistellige Wahlergebnisse.

Trotzdem findet sich in unserem Land eine vielgestaltige Szene vor allem jugendlicher Projekte gegen den Rechtsextremismus. Das reicht von Jugendklubs über Bündnisse ‚Bunt gegen Braun‘ bis hin zu sehr aktiven Antifa - Gruppen, die oftmals nicht durch Auseinandersetzungen mit der Polizei, sondern durch sehr kreative Aktionen Aufsehen erregen. So veranstalteten Antifa - Gruppen noch am Wahlabend in mehreren Städten unseres Landes Protestdemonstrationen, die - leider - zahlenmäßig relativ klein, aber nicht zu überhören oder -sehen waren. Die noch fehlende durchschlagende Wirkung hat



Einführung in Mecklenburg-Vorpommern

Im Juni 2007 kommt die G8 nach Mecklenburg-Vorpommern. Aus diesem Anlass werden auch bis zu 100.000 Gegner erwartet. Damit für diese Gegner nicht die Situation entsteht, wie bei vielen anderen Gipfeln – dass sie für die Aktion kommen und danach gleich wieder abhauen, ohne sich ernsthaft mit der Situation vor Ort auseinanderzusetzen zu haben – haben wir diesen Reader verfasst. Er soll Einblicke in die Situation in Mecklenburg-Vorpommern gewähren und einige uns wichtig erscheinende Bereiche im Land beleuchten, die uns für Menschen von außerhalb wichtig erscheinen.

Landschaft und Bevölkerung

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Küstenland – es hat die längste Küstenlänge aller Bundesländer. und die meisten, die zur G8 kommen werden, werden vor allem Kontakt mit der Küstenregion haben. Die ist flach bis sanft hügelig und da die Region stark landwirtschaftlich geprägt ist, gibt es riesige Felder und nicht viele zusammenhängende Wälder. Das Mecklenburg-Vorpommern ist stark ländlich geprägt, vielleicht ist das der Grund, weshalb es das am dünnsten besiedelte Bundesland ist. Es gibt also vor allem freie Flächen, manchmal Dörfer und selten Städte. Und Mecklenburg-Vorpommern wird weiterhin konstant entvölkert: auf Grund der wirtschaftlichen Situation wandern beständig Menschen ab.

Die größte Stadt des Landes ist die Hansestadt Rostock, die mit annähernd 200.000 Einwohner auch die einzige Großstadt MVs ist. Daneben gibt es mit Schwerin (Landeshauptstadt), Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald nur vier weitere Städte zwischen 100.000 und 50.000 Einwohnern, die anderen Ortschaften sind kleiner. In der Region um den Gipfel sind dabei die Hansestadt Wismar (südwestlich von Heiligendamm gelegen), Kühlungsborn (westlich von Heiligendamm) und Bad Doberan (südlich von Heiligendamm) zu erwähnen.

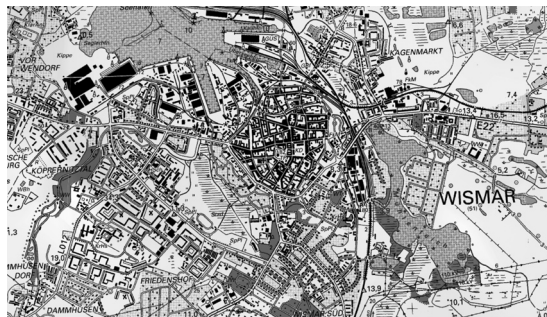
Mit 1,8% hat MV den zweitniedrigsten Ausländeranteil Deutschlands, Tendenz sinkend. Den größten Anteil machen dabei Russen, Ukrainer und Vietnamesen aus. Und es ist leider auch kein Wunder, weshalb kaum Menschen anderer Herkunft freiwillig nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Die Stimmung besonders außerhalb der größeren Städte ist den ‚Anderen‘ gegenüber ablehnend bis offen feindlich, von Toleranz oder gemeinsamen Leben ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen und die besonders in den Universitätsstädten – nichts zu bemerken.

Die Anzahl ausländerfeindlicher Straftaten sind zwar nicht mehr so hoch, wie zu Anfang der 90er Jahre, als Mecklenburg-Vorpommern mit Rostock-Lichtenhagen weltweit für Aufsehen erregte. Das

Sinken läßt sich leicht mit zwei Gründen erklären. Einerseits hat sich die politische Strategie der neonazistischen Szene verändert, die nicht mehr Brandstifter, sondern lieber Biedermann sein will. Und die amtliche Statistik entpolisiert nachträglich viele der Straftaten, um Meck-Pomm künstlich ein weniger faschistoides Gesicht zu geben.

Wirtschaft

Mecklenburg-Vorpommern ist eine der industriell am wenigsten entwickelten Regionen Deutschlands. Der Industriesektor besteht primär aus Werften entlang der Ostseeküste, nachdem andere Industrien im Zuge des Anschlusses systematisch zerstört wurden. Als Zukunftsbranche gilt die Ansiedlung von Unternehmen der Biotechnologie



und Medizintechnik um die Städte Greifswald und Rostock mit ihren traditionsreichen Universitäten, was besonders auch die Forschung und Erprobung von gentechnisch veränderten Organismen miteinschließt. Hier ist besonders das ‚AgroBio Technikum‘ in Groß Lüsewitz zu erwähnen.

Mecklenburg-Vorpommern kann zudem auch mit der höchsten Arbeitslosigkeit Deutschlands aufweisen, die jedoch mittlerweile (Stand Mai 2006) unter 20% gesunken ist, nicht zu letzt dank des massiven Gebrauchs von ‚Ein-Eurojobs‘ und ‚Fortbildungs‘maßnahmen.

Die zwei Hauptwirtschaftszweige MV´s sind die Landwirtschaft und der Tourismus. Dem Tourismus ist es auch zu verdanken, daß die G8 sich schon im Juni und nicht später trifft – die Touristensaison soll nicht gestört werden.

In Folge des Anschlusses an Westdeutschland wurden große Teile der Industrie und Immobilien veräußert, besonders an Westdeutsche – sehr viele Gebäude an der Küste sind in westdeutscher Hand. Ein Beispiel dafür ist Heiligendamm. Im zweiten Anlauf kaufte im Jahre 1997 die Fundusgruppe den Gebäudekomplex des ältesten Seebades Deutschlands in Heiligendamm und begann mit der Renovierung. Ende Mai 2003 wurde das Hotel eröffnet. In der nachfolgenden Zeit kaufte die Fundusgruppe immer

weitere Teile Heiligendamms auf und die Fundus gehörende ECH (EntwicklungsCompanyHeiligendamm) machte lokal Lobby für das Hotel. Die Folge: Weite Teile Heiligendamms und Umgebung sind für die Öffentlichkeit gesperrt, dazu kam die Verlegung eines Fahrradweges und mehrmalige – bisher erfolglose Versuche die Strände Heiligendamms für die Öffentlichkeit zu sperren. Die Parkplatzsituation hat sich extrem verschlechtert und besonders verteuert, was besonders die Tagestouristen abschrecken soll. Heiligendammern wurde der Umzug aus



der Ortschaft nahegelegt und es wurden die letzten Überreste einer öffentlichen und preiswerten Infrastruktur, wie Kaufmannsläden und Cafés geschlossen. Dafür wurde jedoch eine Polizeistation eröffnet, die wohl weniger die 200 Einwohner, als vielmehr das Hotel und seine Gäste bewachen soll.

Aber auch so ist das Hotel gut über- bzw. bewacht, vom Hotel eigenen Wachdienst, zumeist ehemalige Polizisten. Diese sorgen dafür, dass in den umzäunten Bereich nur gelangt, wer eine Berechtigung hat. Und die Berechtigung kostet zwischen 150 und 800 Euro pro Nacht.

Verkehr

Die Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns an die Außenwelt ist, mehr recht als schlecht, vorhanden. Aus der Gipfelregion führen Autobahnen nach Berlin, Hamburg und Stettin, zudem gibt es mit Rostock und Sassnitz größere Fährhäfen und der größte Flughafen des Landes ist Rostock-Laage, zugleich ein Stützpunkt der Bundeswehr, der erste mit den neuen Eurofightern und zudem zukünftig u.U. Abflugflughafen zum NATO-Testgebiet ‚Bombodrom‘ bei Neuruppin, zwischen Rostock und Berlin.

Die Eisenbahnbindung von Rostock nach Berlin wird derzeit auf ICE-Tauglichkeit ausgebaut, nach Hamburg wird es weiterhin nur Regional- und IC-Verbindungen geben.

Politische Situation des Landes

Die Konstellation der Parteien hat sich durch die Landtagswahl stark verändert. Zuvor gab es eine „sichere“ Rot-Rote-Regierungskoalition. Stark genug, um der PDS die Rolle einer Opposition in der Regierung zu erlauben. Nach den Wahlen im September 2006 hätte diese Koalition nur noch eine Mehrheit von einer Stimme gehabt. Deshalb wird das Land nun von einer Großen Koalition regiert.

Das größte Problem bei der letzten Landtagswahl war jedoch der Erfolg der NPD. So konnte die Partei 7,3% der Stimmen, annähernd 60.000 Zweitstim-



men auf sich vereinigen. In nur 3 von 36 Wahlkreisen blieb sie unter 5% (in Teilen Rostocks und Wismars), besonders im Osten des Landes konnte sie aber ein zweistelliges Ergebnis einfahren, in einigen Gemeinden sogar über 30%. In sieben Gemeinden war die NPD sogar stärkste Partei.

Das Ergebnis hat viele Gründe, einer davon ist, dass die NPD die einzige Partei war, die einen „bürger-nahen Parolenwahlkampf“ geführt hat und den Bürgern „aufs Maul“ geschaut hat (Erhalt ländlicher Schulen, Polemik gegen ‚Ausländer‘...). Es gab kaum eine Ortschaft, kaum einen Laternenpfahl, den nicht ein NPD-Plakat verunstaltete. In manchen Dörfern hingen nur NPD-Plakate – die anderen Parteien versagten gänzlich.

Alle Appelle der anderen Parteien zeigten keine Wirkung, Nazis werden nicht mehr als schlimm oder als abschreckend wahrgenommen, da sie ihre Taktik veränderten und auf bürgerlich machen. Dem Strategiewechsel hin zum bürgerlichen Auftreten steht eine wahre Eintrittswelle der Kameradschaften gegenüber, die in den letzten Jahren in Massen der NPD beigetreten sind und auf der Liste jeden zweiten Platz besetzen konnten.

Die Stärke der nazistischer Strukturen spiegelt sich auch auf der Ebene außerparlamentarischer Strukturen wieder. Die Neonaziszene wird vor allem von Kameradschaften getragen. Laut Verfassungsschutzbericht gibt es insgesamt 1.200 Menschen, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind – davon 700 aus dem gewaltbereiten Spektrum.

Demgegenüber ist das linksextreme Spektrum laut Verfassungsschutzbericht 2005 „personell schwach und verfügt über wenig feste Strukturen“, ihm werden von den Wächtern der ‚Rechtsstaatlichkeit‘ 200 Personen zugeordnet davon 100 aus dem ‚gewaltbereiten Spektrum‘. Es ist also ersichtlich, dass die radikale Linke in MV mindestens zahlenmäßig um einiges schwächer ist, als die Neonazis.

Doch sind Nazis und Linke unterschiedlich im Land verteilt. Während die Nazis ihre Hochburgen vor al-



lem in kleinen und mittleren Städten haben (Ausnahmen stellen Wismar und Stralsund dar), zentrieren sich die Linken in den wenigen größeren Städten, unter Auslassung von Stralsund.

In den meisten der größeren Städte gibt es mindestens ein linkes Zentrum. Das Problem bei diesen Zentren ist, daß die meisten von der öffentlichen Hand entweder mitfinanziert werden, oder wenigstens von der Stadt gemietet sind und deshalb immer vom Wohlwollen eben dieser abhängen. Diese Abhängigkeit kann zu politischer Zurückhaltung führen (z.B. in Rostock), oder zur Zerstörung oder

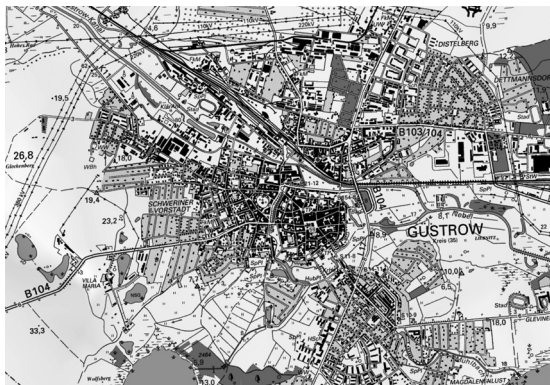
Dezimierung der linken Kräfte (z.B. in Neubrandenburg, Rostock oder Greifswald wo gerade Mietverträge bzw. Förderungen gekündigt wurden). Außerhalb der großen Städte gibt es nur vereinzelte Punkte, an denen sich politisch organisierte Menschen finden, so z.B. in einigen Wohn- und Kulturprojekten im Landkreis Demmin, oder bei Neustrelitz.



Die Vernetzung ist jedoch weit voran geschritten, was auch daran liegt, dass die einzelnen Gruppen meist nur lokal handlungsfähig sind. Daraus resultiert auch, dass die politische Zusammenarbeit auch über politische Grenzen hinaus funktioniert. Die Berührungspunkte zu nicht radikalen Gruppen, wie Solid', Umweltschutzgruppen, auf lokaler Ebene PDS, Friedensgruppen und Bürgerinitiativen ist sehr gering, da in Mecklenburg-Vorpommern allen bewußt ist, dass sie nur in Allianzen stark genug und handlungsfähig sind.

Polizeibehörden und Hundertschaften

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern nur zwei Hundertschaften und eine BF-Einheit. Die BFE (Beweis- und Feststellungseinheit) und eine Hundertschaft befinden sich in Schwerin und die andere Hundertschaft in Rostock. Besonders die BF-Einheit aus Schwerin ist in Mecklenburg-Vorpommern für ihre sadistischen Einsätze berühmt berüchtigt.

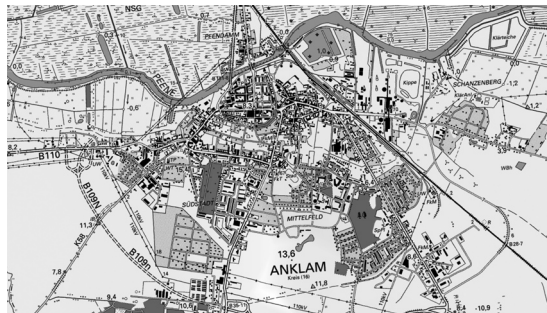


In Rostock sitzt auch die Vorbereitungsgruppe zur G8 – Kavala, bisher in der Siemensallee behaust, zieht sie in Kürze um in eine Kaserne. Die G8-Einheit wird geleitet von Abromowski ehemaliger Polizeichef von Ratzeburg und Rostock. Die Vorbereitungsgruppe umfasst derzeit nach Polizeiangaben 100 Mitglieder. (mehr Infos dazu auf: www.polizei-mv.de)

Medien

Die Medienlandschaft wird dominiert von großen bürgerlichen Medien. Auf dem Zeitschriftenmarkt sind das vor allem die Ostseezeitung entlang der Küste und der Nordkurier im Landesinneren, beim Radio sind es neben den staatlichen Sendern vom NDR vor allem die Ostseewelle und Antenne Mecklenburg-Vorpommern. Allen diesen Medien ist gemein, dass sie nicht progressiv und offen für linke Anliegen sind. Am ehesten erfüllt noch der Nordkurier diese Anforderungen.

Die Linken kommunizieren über andere Kanäle miteinander und mit der Bevölkerung. In allen größeren Städten gibt es verschiedene Zeitungsprojekte mit verschiedener Publikationshäufigkeit. In Rostock ist das die Fußnote als Stadtzeitung und das LohRo als lokales nichtkommerzielles Radio, in Neubrandenburg heißt die monatliche Zeitung Colporter und es gibt auch ein Lokalradio. Das gleiche Lokalradio ist auch in Greifswald zu empfangen, wo es zudem auch noch das studentische Radio 98.1 gibt und als Zeitschrift den Likedeeler. Die Zeitschriften werden auch in den anderen Städten verteilt, primär über linke Projekte und Infoläden, aber auch über öffentliche Einrichtungen wie z.B. Bibliotheken.



Da diese Zeitungen allerhöchsten monatlich erscheinen, kommunizieren die Linken in MV vor allem via Internet miteinander. Die zentrale Seite ist hierfür www.links-lang.de. Ein Nachrichtenportal mit angegliederten Foren.

Bildungslandschaft

Die Bildungslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns wird derzeit auf Grund von ‚Sparzwängen‘ ausgedünnt. Auf dem Land und in den Städten werden Schulen geschlossen und auch die Hochschulen müssen Federn lassen. MV hat zwei Unis, in Rostock und in Greifswald und verschiedene Fachhochschulen in Neubrandenburg, Schwerin, Wismar und Güstrow.

Besonders die Universitäten prägen die jeweiligen linken Szenen, wobei nicht sehr viele StudentInnen politisch aktiv sind. Aber sie schaffen doch ein liberales Klima vor dessen Hintergrund Linke offener und freier agieren können, als in anderen Städten.

■
G8-Plenum, Greifswald



Landkreis Bad Doberan

Der Landkreis Bad Doberan ist etwas Besonderes in der Bundesrepublik Deutschland. Nicht nur weil er einen „Speckgürtel“ um die Hansestadt Rostock bildet, nicht nur weil man hier das älteste deutsche Seebad findet, nicht weil es hier die wunderbare Ostseeküste und das fruchtbare Hinterland gibt... sondern auch weil hier im Juni des Jahres 2007 der sog. Weltgipfel stattfindet, das Treffen der G8 am großen Tisch im renommierten „Kempinski“ zu dessen Katzentischen (wie man inzwischen hört) auch weniger gut gelittene Großmächte (wie China) und andere „entwicklungsfähige“ Staaten geladen werden.

Dieser Landkreis ist mein Wahlkreis und ich möch-

– Chancen für die Ansiedlung von Unternehmen, sagten damals die Befürworter der neuen A 20. Obwohl sich einige Unternehmen hier ansiedelten, Logistikunternehmen, Handelsketten, Windkraftanlagenhersteller und diverse Zulieferbetriebe, Hafenbetriebe und Speditionen und natürlich touristische Unternehmen und Dienstleister und die Arbeitslosigkeit um die 15% liegt, haben wir die dieselben Probleme, wie andere Kreise in MV auch. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bleibt gleichmäßig hoch, Ausbildungsplätze zu bekommen ist schwierig und die kreislichen Finanzen sehen im „Gipfeljahr“ alles andere als schwarz aus, die Kreisumlage wird sich bei über 40% einpegeln. Kreisstadt ist Bad Doberan.

Auch im Rathaus der Stadt hat die SPD das Sagen. Das Interessante an der Stadtvertretung ist nicht, dass hier alle demokratischen Parteien Sitz und Stimme haben, sondern dass seit den letzten Kommunalwahlen auch eine Bürgerinitiative in der kommunalen Vertretung sitzt, deren Anliegen insbesondere Heiligendamm ist. Heiligendamm gehört seit den 30-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Stadt Bad Doberan (ebenso wie das Gut Vorder Bollhagen, das sich inzwischen auch



te ihn kurz vorstellen: entstanden ist der Kreis erst im Jahr 1994, politisch geführt wird er seitdem von einem SPD-Landrat. Die Mehrheitsverhältnisse sind klar: SPD und CDU sind sich meist einig, wenn es politisch einmal knapp wird, passt die FDP dazu. Zwei grüne Kreistagsmitglieder haben sich für die Zählgemeinschaft mit der SPD entschlossen und eine kleine Linkspartei. PDS-Fraktion schafft es nur selten, mit eigenen Vorhaben eigenes Profil zu zeigen.

Der Landkreis hat aber noch andere Besonderheiten: seit mehr als 10 Jahren ist er einer der wenigen Kreise, in dem die Bevölkerung ständig zunimmt. Immer neue Wohngebiete entstehen auf dem „flachen Lande“, nicht nur in der Nähe der Hansestadt Rostock. Inzwischen liegt die Einwohnerzahl bei 112.000 Menschen. Eine Besonderheit ist auch, dass die Mehrheit der zugezogenen EinwohnerInnen noch nicht im Rentenalter ist – das zeigen die Anzahl der Kinder in den KITA's und in den Schulen. Zwei Autobahnen kreuzen den Kreis

schon zum großen Teil im Eigentum der Entwicklungscampagne Heiligendamm[ECH]befindet) und ist ohne die Stadt Bad Doberan gar nicht denkbar.

Diese Abhängigkeit ist gegenseitig – das alltägliche Leben findet in Bad Doberan statt, dort gibt es Arbeit und Kultur; in Heiligendamm hingegen den Strand, die Wälder und Erholung. Das älteste deutsche Seebad hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, war Luxusbad der mecklenburgischen Herzöge, war mehrmals dem Verfall preisgegeben, wurde aber immer genutzt – mal nur als Spielcasino, zu

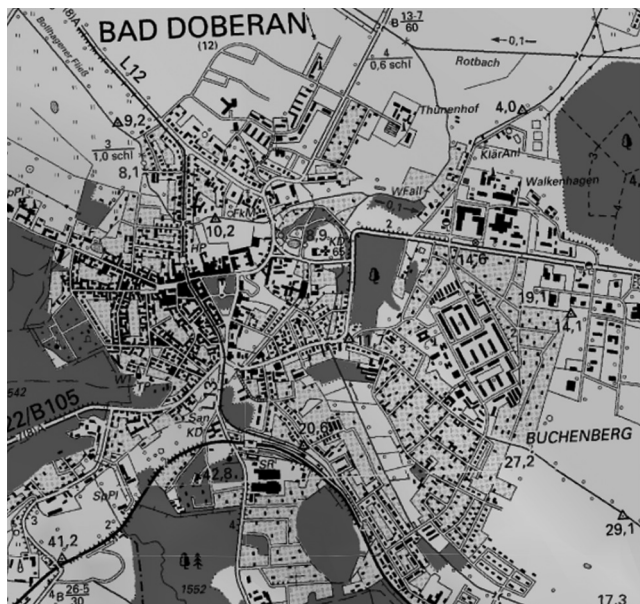


DDR – Zeiten wurde das historische Ensemble als Kurort für Werktätige genutzt. Nach der „Wende“ dauerte es Jahre, bevor sich Bund, Land und Stadt einig wurden, das gesamte Ensemble in einem Stück zu verkaufen. Den Zuschlag erhielt die damali-

ge FUNDUS-Gesellschaft mit Anno August Jagdfeld an der Spitze. Er ließ das Ganze erstmal liegen und sammelte das Geld der Schönen und Reichen dieser Welt, um das Seebad zu sanieren und es als luxuriöses Seebad auferstehen zu lassen. Mit diesem Geld und vielen öffentlichen Mitteln und dem Können vieler einheimischer und fremder Unternehmen ist auch ein Teil des Ensembles wieder strahlend schön, während der Rest vor sich hin gammelt. Aber die Öffentlichkeit ist hier nicht so gern gesehen, das Kempinski und die ECH legen Wert darauf, dass die Hotelgäste vom einheimischen Volk nicht gestört werden (auch wenn dann in der flauen Saison das Kempinski über billige Urlaubsangebote bei Tschibo verramscht wird!). Gerüchte, die auch bis in den äußersten Norden



der Bundesrepublik gedungen sind, besagen, das Geld wäre jetzt alle ... und es wäre ein genialer Coup des Herrn Jagdfeld gewesen, sich für den G8-Gipfel in's Gespräch zu bringen. Das bringt insbesondere (neues)öffentliches Geld für die Zufahrtsstraßen,



Reputation bei den Banken, vielleicht im nächsten Jahr ein paar mehr Urlauber und einen riesengroßen Zaun um den ganzen Ort! Diesen möchte Herr Jagdfeld am liebsten für immer stehen lassen, damit sich Heiligendamm wirklich zu einem geschlossenen Ort „entwickeln“ kann. Pläne gibt es genug dafür: ein Golfressort, eine riesengroße Tiefgarage, Ferienhäuser und – wohnungen, ein Aryurveda-Tempel im Küstenwald – natürlich alles exklusiv für

die High-Society. Für die BewohnerInnen ist kein Platz geplant, auch nicht für die Patienten der Kurklinik. Sie werden allenfalls am Rande des Ortes geduldet oder als nicht gut bezahlte Arbeitskräfte. Und in dieser Situation wird der G8-Gipfel im Juni bei uns stattfinden. „Wer sich die G8 einlädt, lädt sich auch den Protest ein“ – dieses Motto der Gipfelgegner ist für mich vollkommen klar. Politischer

Protest gegen diese selbsternannte Weltregierung ist für mich persönlich selbstverständlich und tut not. Leider gibt es in MV viel zu wenig politischen Protest, viel zu wenige außerparlamentarische Bewegungen. Deshalb habe ich seit fast einem Jahr Kontakt zu Gipfelgegnern und wir haben verschiedene Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt. Um die Bevölkerung aufzuklären, warum und mit welchen Mitteln die globale Protestbewegung arbeitet. Aber auch um Zusammenhänge deutlich zu machen – zwischen dem Agieren der G8, den globalen Auswirkungen und der Rückwirkung auf unseren Alltag hier im beschaulichen Mecklenburg-Vorpommern.

Natürlich verbinde ich auch Hoffnungen mit diesem Bekenntnis zu den politischen Protesten: Einerseits möchte ich gern, dass die Mecklenburger und Vorpommern sensibilisiert werden für politische Entscheidungen, dass sie erkennen, dass man selbst politisch aktiv werden muß, wenn man politisch etwas ändern will. Und andererseits hoffe ich, dass meine Partei, die LP.PDS endlich ihren Platz findet, als gleichberechtigter Partner im linken Protestspektrum, dass unsere Mitglieder erkennen, dass nur eine antikapitalistische Partei eine linke Partei sein kann und dass wir viel mehr Bündnispartner haben, als wir uns manchmal vorstellen!

■
Birgit Schwabs
MdL

Stellv. Vorsitzende der LP.PDS in MV

Stadtführung durch Bad Doberan und Heiligendamm

Ich nehme Euch jetzt mit auf eine spannende Reise durch die Geschichte und Gegenwart von Bad Doberan mit dem Ortsteil Heiligendamm, einer mecklenburgischen Kleinstadt mit 12.000 Einwohnern, einem sozialdemokratischen Bürgermeister und einer PDS-Stadtvertretervorsteherin, die beide mit Globalisierungskritik nichts am Hut haben. Dennoch liegt in ihren Händen das geschichtliche Erbe dieser Stadt und das Wohl der Menschen, die hier leben. Angefangen hat alles vor sehr sehr langer Zeit

Zisterzienser bauen die Kirche

Wir beginnen die gedankliche Stadtführung am ältesten Punkt des Ortes: am Zisterzienserkloster. An dieser Stelle beginnt die Geschichte Bad Doberans. Der Zisterzienserorden entstand nach einer Abspaltung vom Benediktinorden, beide lebten nach den Regeln von Benedikt von Nursia, die da heißen: Abschottung von der übrigen Welt, Unterhalt aus eigener Hände Arbeit und Ablehnung von Pacht und Spendengeldern.

Das Doberaner Münster wurde vor 800 Jahren 1171 in Althof bei Doberan gegründet. Der Slavenfürst Pribeslaw hatte eine Christin geheiratet und sich taufen lassen. Als Taufgeschenk spendete er die kleine Klosterkapelle in Althof. Doch bald darauf starb Pribeslaw, seine beiden Erben gerieten in Streit um die Teilung des Landes Mecklenburg, und ihr Welfenvolk machte gerade einen Aufstand gegen die Obrigkeit (das sollten wir auch öfter tun). In diesen politischen Unruhen wurde das Kloster Althof zerstört und die meisten der inzwischen 78 Mönche dabei erschlagen.

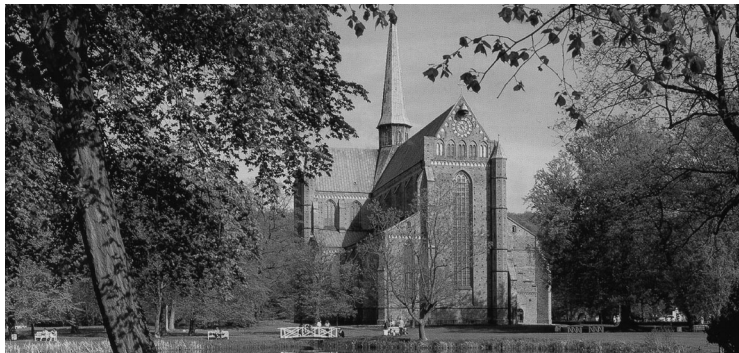


BILD 1: das Münster

Wie Doberan seinen Namen erhielt

Borwin, der Sohn von Pribeslaw und Fürst von Rostock, gelobte, nach dem Tod seines Vaters ein neues Zisterzienserkloster zu bauen. Er suchte einen geeigneten Platz dafür und schwor, an jener Stelle eins errichten zu lassen, an der er seinen nächsten Hirsch erlegt. Nun ritt Fürst Borwin zum Jagden mal

hier hin und mal dort hin und ritt durch die Conventer Niederung, ein sumpfiges, moorastiges Gebiet. Ausgerechnet hier erlegte er nun einen schönen großen Hirsch. Er kam aber in Zweifel ob diesen sumpfigen Untergrundes. Während er noch zweifelte, erhob sich ein Schwaan aus dem Gebüsch und rief „dobre, dobre“ – das klang nach dem slawischen Wort „gut“. Und Borwin verstand dieses Zeichen als Bestätigung, dass dieser Ort der richtige für ein neues Kloster ist. Das Doberaner Münster wurde also in dieses sumpfige Gebiet auf hunderten von Eichenpfählen gebaut. Und wenn Ihr irgendwann einmal dem Stadtwappen begegnet, so findet Ihr noch heute einen Hirsch, einen Schwan und den Abtsstab darauf.

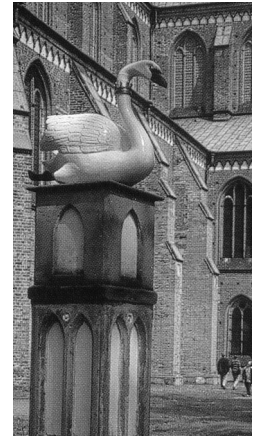


BILD 2: Schwan

Die Sage vom Heiligen Damm

Das Doberaner Zisterzienserkloster wurde als romanische Kirche 1232 eingeweiht und war ein Drittel kleiner als die heutige Kirche. Die Mönche wurden reicher und wohlhabender, obwohl der Reichtum der Benediktiner der Grund für ihre Abspaltung gewesen war, und so wollten sie ihre kleine Kirche zu einer Kathedrale vergrößern. Da kam ein Blitz im Jahr 1291 sehr gelegen, der die Kirche stark zerstörte. Nun begannen die Brüder mit dem viel größeren Wiederaufbau als hochgotische Klosterkirche. Bis heute sind darin etwa 50 Häupter der mecklenburgischen Fürsten und Herzöge bestattet, fast alle aus dem Stamm Pribeslaws.

Im Jahre 1427 suchte eine gewaltige Sturmflut die Mönche in der Conventer Niederung, die bis Doberan heranreicht und damals Zugang zum Meer war, heim.

Die Brüder machten sich auf den Weg, um bis spät in die Nächte hinein Barrikaden zu bauen. Sie schleppten in der kalten Jahreszeit in ihren dünnen Kutten Steine, Baumstämme und Sand zusammen, um ihr Kloster vor der Flut zu schützen. Doch der Sturm tobte und spülte in kurzer Zeit wieder alles Herangetragenem weg. Die Mönche hatten ihre Kräfte verloren und wollten die Hoffnung fast aufgeben. In ihrer Not beteten sie in der stürmi-

schen Nacht flehend um Hilfe. Am nächsten Morgen mochten sie ihren Augen nicht trauen als sie sahen, dass über Nacht ein Damm entstanden war, der sie vor dem Ertrinken gerettet hatte. Sie nannten ihn den „Heiligen Damm“, auf dem man noch heute bis Börgerende spazieren gehen kann.

Nach der Reformation wurde das Kloster 1552 säkularisiert, die letzten Mönche zogen nach Pelplin bei Danzig, wo sie noch heute leben.

Großherzog Friedrich Franz I.

Wir machen einen bescheidenen Sprung in die Zeit um 1800. Großherzog Friedrich Franz I. regierte seit 1785 im Lande Mecklenburg-Schwerin. Er residierte und wohnte im bis heute erhaltenen Schweriner Schloss, in dem heute der Landtag seine Räume beherbergt. Im Sommer verweilte man als Herzog jedoch gern im Lande, und so ließ er sich in Doberan von Baumeister Severin eine Sommerresidenz im klassizistischen Stil errichten. Dieses Säulengebäude befindet sich noch heute am Kamp in der August-Bebel-Straße und beherbergt den Kreistag. Gleich daneben entstanden ein Salongebäude mit Boutiquen und Festsälen und ein Logierhaus mit Gästezimmern, Speisesaal



BILD 3: Großherzog



*Lithografie aus dem Jahre 1825:
Das großherzogliche Palais –
in den Jahren 1806 bis 1809 von
Baumeister C. T. Severin errichtet –
ist schlicht in der Ausführung und wirkt
dennoch ungemein kraftvoll.*

BILD 4: Palais

und einer Spielbank, der sogenannten Goldbank. Direkt auf dem Kamp (dem Rasenplatz davor) ließ sich der Herzog zwei Teehäuser im chinesischen Stil zur Vergnügung aufstellen, was zu damaliger Zeit gerade Mode war. Sie sind bis heute erhalten. Auch die Linden auf dem Kamp und an der Straße nach Heiligendamm sind in dieser Zeit gepflanzt worden und damit eine der ältesten Alleen Deutschlands, die unter Naturschutz stehen.

Das heutige Rathaus

Schräg gegenüber in der Severinstraße befand sich im heutigen Rathaus eine Post- und Pferdewechselstation. Auch beherbergte dieses Gebäude eine weitere Spielbank, die sogenannte Silberbank. Zu DDR-Zeiten befand sich in diesem geschichtsträchtigen Gebäude das Kulturhaus, das aber kurz vor der Wende abbrannte und verrottete. Nach einer umfassenden Sanierung nach der Wende bezog die Stadtverwaltung und der Bürgermeister dieses Haus. Auch die Linden auf dem Kamp und in der Straße nach Heiligendamm sind in dieser Zeit gepflanzt worden und damit eine der ältesten Alleen Deutschlands.



BILD 5: RATHAUS

Die Gründung des Seebades

Im Jahr 1789 kam Samuel Gottlieb Vogel als Medizin-Professor nach Rostock und wurde bald darauf Leibarzt von Friedrich Franz I. Nach ihm ist die Prof.-Dr.-Vogel-Straße in Heiligendamm benannt. Dr. Vogel riet dem Herzog wegen des guten Klimas direkt an der See ein Seebad zu gründen und sich dort

zu erholen. Umgehend gründete Friedrich Franz I. 1793 nördlich von Doberan das Seebad Heiligendamm und finanzierte den Bau maßgeblich aus den Einnahmen der beiden Doberaner Spielbanken. Baumeister Severin begann zunächst mit dem Kurhaus und dem Gesellschafts-, Tanz- und Speisehaus (einstöckige Gebäude mit dorischen Säulen). Die Perlenkette, also die Hotel-Villen für Kurgäste sowie der weitere Ausbau zur „Weißen Stadt am Meer“ entstand erst nach 1839.

In Doberan selbst wurde 1821 eine Eisenquelle entdeckt und Moorbäder den Kurgästen angeboten. Doberan wurde zum Bad erkoren, erhielt die Stadtrechte aber erst 1879.

Friedrich Franzens Hofstaat sowie der Hochadel dieser Zeit gründeten nicht nur ein Theater und einen Teeclub, sondern 1823 auch die älteste Pferderennbahn Europas. Die Tribünen existieren zwar nicht mehr, aber noch heute ist das jährliche Pferderennen auf der Doberaner Rennbahn eine Größe in der örtlichen Kulturlandschaft und Wettbewerb unter den Frauen um die schönsten und größten Hute. 1868 wurden die Spielbanken durch ein Gesetz des Norddeutschen Bundes verboten, Friedrich Franz konnte sich bald die finanzintensive Unterhaltung



BILD 6: Heiligendamm

Heiligendamm nicht mehr leisten und mußte das Seebad 1873 an den Baron von Kahlen verkaufen, der es in eine Aktiengesellschaft umwandelte.

Heiligendamm heute

Heiligendamm, das 6 km nördlich von Bad Doberan gelegen ist, ist ein Ortsteil der Stadt. Hier wohnen ungefähr 250 Menschen. Früher gab es hier ein Fachhochschule für angewandte Kunst, die im Jah-

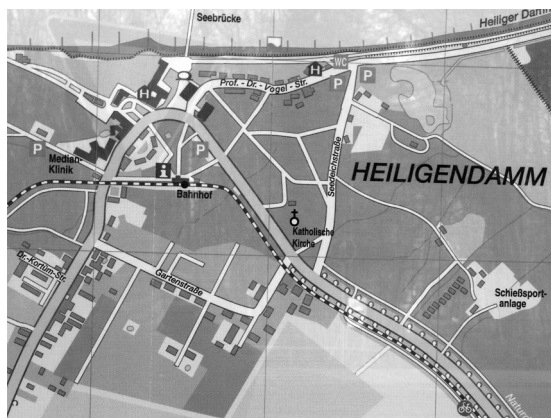


Bild 7: Stadtplan von Heiligendamm (Ausschnitt)

re 2000 nach Bad Doberan gezogen ist. Auch sonst gibt es nicht mehr viel im Ort, keinen Laden für die täglichen Einkäufe. Nur ein paar Boutiquen und einen Friseur für die Hotelgäste - und eine Polizeistation, wohl eher verwunderlich für einen Ortsteil dieser Größe.

Geographisch und sozial kann Heiligendamm sehr einfach in zwei Teile - einen Nord- und einen Süd-

teil gegliedert werden. Getrennt werden die beiden Hälften durch die Bahnschienen des „Molli“ und dem Bahnhof. Nördlich der Eisenbahnanlage wird Heiligendamm vom Hotel und den angegliederten Bauwerken beherrscht. Der Hotelkomplex gruppiert sich um einen Findling und besteht aus 6 weißen Gebäuden (deshalb auch der Name: „Weiße Stadt am Meer“). Das Zentrale Gebäude ist das Kurhaus, das von einer Säulenterasse dominiert wird..

Östlich davon, entlang der Küste erstreckt sich die sogenannte „Perlenkette“ eine Reihe von 7 Strandvillen. Südlich vom Hotel, aber noch im Nordteil Heiligendamm befindet sich die Median-Klinik. Der südliche Teil von Heiligendamm besteht aus Wohnhäusern der Einwohner Heiligendamm.

Einen nachhaltigen Einschnitt erlebte Heiligendamm 1996, als die Fundus Gruppe das Hotelareal kaufte. In einem zweiten Anlauf wurden die Renovierungsarbeiten in Angriff genommen – stark subventioniert von Mitteln von EU, Bund und Land.

Seit der Wiedereröffnung im Frühjahr 2003 beherbergt der Komplex das Hotel Kempinski, welches die

Gebäude und Gelände gepachtet haben. Die Perlenkette wurde nicht renoviert und wird für den Gipfel jetzt wahrscheinlich der Schönheit halber einfach weiß übergepinselt. Schon von Beginn des Hotelbetriebs an, waren Tendenzen spürbar, die Heiligendamm in eine Ortschaft für die Schönen und Reichen umwandeln wollen. Weitergehende Pläne, wie die vollständige Renovierung der Perlenkette, sowie die Einrichtung eines Villenviertels und der Bau eines Golfplatzes südlich von Heiligendamm konnten auf Grund Geldes noch nicht verwirklicht werden und verbleiben bis auf weiteres noch in den Schubladen. Stattdessen schreitet beständig die Privatisierung des nördlichen Teiles von Heiligendamm voran.

Die Fundus-Tochter ECH (EntwicklungsCompany Heiligendamm) treibt durch Lobbyarbeit und eigenmächtiges Handeln beständig die Sperrung weiterer Teile Heiligendamm an. Betroffen davon sind Tagestouristen, Fahrradfahrer und Badegäste aus Bad Doberan. Nicht alle Pläne, die auf den Tisch kamen, konnten durchgesetzt werden. So kam es bisher weder zu einer Privatisierung des Strandes, noch zum Neubau einer neuen Seebrücke für die Gäste 2. Klasse. Aber immerhin wurde schon ein Zaun um den Hotelkomplex errichtet, Fahrradwege wurden gesperrt, Gäste, die nicht im Kempinski untergekommen sind, müssen einen bis zu 5 km langen Umweg in Kauf nehmen, um an den Strand zu gelangen, es wurde eine Kurtaxe eingeführt, die de facto nur Tagestouristen betrifft und ein Teil der Strandpromenade, sowie des angrenzenden Waldes stehen nur noch Hotelgästen offen.

Im Nordteil Heiligendamm wurden reihenweise Straßen für die Öffentlichkeit geschlossen und als Betriebswege deklariert, auch wenn sie als Zufahrtsstraßen für ein öffentliches Café genutzt wurden.





Bild 8: Heiligendamm

Alle öffentlichen Parkplätze in Heiligendamm wurden von der ECH aufgekauft und können nur gegen eine horrende Gebühr benutzt werden, ansonsten herrscht ein totales Parkverbot (Anwohner haben ihre Privatenparkplätze), das streng überwacht wird. Es wurden und werden beständig neue Hürden errichtet, die Menschen den Zugang zu Nordheiligendamm und den Strand erschweren sollen.

Begründet werden die Maßnahmen, die über kurz oder lang wahrscheinlich zu einer vollständigen Schließung des Nordteils Heiligendamms führen werden, damit, dass sich die Hotelgäste von den Tagestouristen belästigt fühlen. Die Belästigung ist schlecht für den Umsatz, deshalb schlecht für den Arbeitsmarkt der Region, also schlecht für die Re-

Es gilt nun abzuwarten, wie sich die Situation nach der G8 verändern wird. Viele der Einschränkungen für die Menschen, die sich kein Zimmer im Hotel leisten können, werden wohl auch danach noch erhalten bleiben. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, häufige Kontrolle „auffälliger“ Personen durch die Polizei...

Wie der „Molli“ zu seinem Namen kam

Unentwegt läutend, ab und an grelle Pfeife ausstoßend, um unachtsame Passanten und Kraftfahrer zu warnen, so rollt im Schrittempo der „Molli“, die gelbrote Kleinbahn von Bad Doberan nach Kühlungsborn. Wer mitfahren möchte, sollte es bald tun, denn während des Gipfels wird sie für Touristen nicht mehr zugänglich sein, da sie durch das abgesperrte Areal Heiligendamm fährt. 900-mm-Schmalspurbahn ist der offizielle Name, doch alle nennen den Zug einfach Molli. Diesen Namen verdankt die Bahn weder einer Fettleibigkeit noch einem Munitionsgeschoss, sondern rührt einer Sage her, die im Wissensschatz eines G8-Gegners nicht fehlen sollte und mit der ich die Stadtführung durch die Stadt, in der im Juni 2007 der G8-Gipfel abgehalten werden wird, beenden möchte: Als im Jahre 1886 der Zug das erste Mal über die Schienen rollte, waren gerade ein Jäger und sein Hund Molli unterwegs. Der Hund vernahm das fauchende Ungeheuer und stürzte darauf los. Der Jäger schrie aus Leibeskräften: „Molli, halt!“ Da quietschten die Bremsen und der Zug hielt. Der Lokführer hatte gedacht, dem Zug hätte der Ruf gegolten, denn damals konnte man noch auf freier Strecke zusteigen. Diese Möglichkeit entfiel später, der Name Molli aber blieb bis heute.



Bild 8: Molli

gion. Das Hotel Kempinski, das einer der größten Arbeitgeber in der Stadt Bad Doberan ist, und die ECH haben einen großen Einfluß auf die Entscheidungen in der Stadtvertretung. Nebenbei wird die Pferderennbahn mit unterstützt und Sportteams der Region gesponsert. Nichtsdestotrotz sehen sich die ECH regelmäßig Widerstand von der Bevölkerung gegenüber. Eine Bürgerinitiative, die auch in der Stadtvertretung repräsentiert ist und andere Bürger Bad Doberans und Heiligendamms stellen oft bei Entscheidungen quer.

■
Daniela

Rechte Volksfront auf dem Vormarsch

Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren wegen Aktivitäten von Neonazis bundesweit immer wieder in den Schlagzeilen: das brennende Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen, eine Mordserie an Obdachlosen, begangen von rechtsextremen Jugendlichen, Überfälle rechter Schläger auf Zeltplätze und zuletzt zweistellige Wahlergebnisse für die NPD in vielen Kommunen Ostvorpommerns. Die Kameradschaftsszene ist gut organisiert, in vielen Orten ist der Mainstream rechts, vor allem für Jugendliche ist es schwierig, als „Nicht-Rechte“ zu bestehen. Die öffentliche Gegenmobilisierung a la „bunt-statt-braun“ steht vor massiven Problemen, da die staatliche Förderung nach dem kurzfristigen Aufstand der Anständigen schnell wieder zusammengestrichen wurde. Ein weiterer brisanter Höhepunkt in diesem Trauerspiel: durch den Schulterschluss zwischen freien Kameradschaften und NPD ist der Einzug der Neonazis in den Landtag diesen Herbst mehr als wahrscheinlich.

Die organisierte Szene in Mecklenburg-Vorpommern besteht aus NPD, rechtsextremistischen Vereinen und freien Kameradschaften. Die wichtigste Rolle spielen mit ca. 1000 aktiven Mitgliedern die neonazistischen Kameradschaften. Neben den „Klassikern“ wie der Nationalgermanischen Bruderschaft (NGB) oder den Aryan Warriors Ueckermünde ist die extreme Rechte zunehmend auch in sogenannten Jugend- und Kulturvereinen wie z.B. dem Heimatbund Pommern e.V. (HbP), dem Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz e.V. sowie Bürgerinitiativen mit so klangvollen Namen wie „Schöner wohnen in Wolgast/Ueckermünde/Anklam“ organisiert. Neben lokalen Gruppen sind auch zahlreiche überregionale Zusammenschlüsse aktiv: Soziales Nationales



Bündnis Pommern (SNBP), Mecklenburgische Aktionsfront (MAF), NSAM (Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland), Heimattreue deutsche Jugend (HdJ), und der bundesweit agierende Kampfbund deutscher Sozialisten (KDS).

Regionale Hochburgen, in denen oft auch die Zusammenarbeit zwischen „freien“ und parteigebundenen Nazis reibungslos läuft, sind Ostvorpommern, Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow und der Raum Ludwigslust.

Das bundesweit bekannte rechte Internet-Portal „Stoertebeker-Netz“ wird von Axel Möller aus Stralsund betrieben. Daneben gibt es zahlreiche rechte Publikationen wie die „Schülerzeitung“ AVANTI (Ro-

bert Rupprecht) in Grimmen und Umgebung, das „Theorieorgan“ Fahnenträger (Michael Kuschke) auf Usedom sowie das Fanzine „Weisser Wolf“ (David Petereit). Das kostenlose Infoblatt „Inselbote“ (Enrico Hamisch) mit Regionalausgaben für Stralsund, Greifswald, Anklam, Ueckermünde erreicht mittlerweile eine Gesamtauflage von 56.000. Fast alle Publikationen können dem „Nationalen Medienverbund“ NMV mit Sitz in Wolgast zugerechnet werden.

Freie Hand im Hinterland?

Das Land wurde schon vor langem von der norddeutschen Neonazi-Szene als Standort für Konzerte entdeckt: Fast schon legendär ist die Gaststätte „Zur Linde“ in Klein-Bünzow bei Anklam, wo zwischen 1996 und 1998 die grössten Blood-and-honour-Konzerte Deutschlands stattfanden. Auch wenn die „subkulturelle“ rechtsextreme Skinheadszene in den letzten Jahren gegenüber der Kameradschaftsszene an Bedeutung verloren hat, finden immer noch häufig illegale Konzerte statt. In letzter Minute verboten wurde ein zu Pfingsten geplantes mehrtägiges Neonazicamp in der 500-Seelen Gemeinde Gammelinn-Bakendorf. Dort wohnt der aus Lüdenscheit stammende bekannte Neonazi Jürgen Witt, ehemals „sauerländische Aktionsfront“ und Gründer des Vereins „Freie Deutsche“ mit Sitz in Hagenow. Mitveranstalter des Events, bei dem neben verschiedenen „nationalen Rednern“ bekannte Szene-Größen wie die Nazi-Skinband Spreegeschwader aus Berlin auftreten sollten, war der NPD-Kreistagsabgeordnete Klaus Bärthel aus Ludwigslust.

Siedlungsgebiet Ost...

Zugezogene Neonazi-Kader spielen überall in der Szene eine grosse Rolle, am massivsten ist ihr Einfluss aber in West-Mecklenburg. Im Landkreis Ludwigslust leben in der Kleinstadt Lübbtheen neben NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs auch der NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster und der NPD-Kreisvorsitzende Andreas Theißen – alle aus dem Westen. Auch der ehemalige Vorsitzende der neonazistischen Hamburger Regionalpartei „Nationale Liste“ und Neu-NPD-ler Thomas Wulf hat sich im Landkreis Ludwigslust (Amholz) niedergelassen. Auch der Jurist Michael Andrejewski, NPD - Kreistagsabgeordneter Ostvorpommern und Stadtverordneter in Anklam, kam 2003 aus Westdeutschland - von der Hamburger Liste Ausländerstopp.

Auf die „Extremisten aus dem Westen“ wird dann auch gerne verwiesen, wenn es um Rechtsextremismus geht – die Jugendlichen des rechten Mainstream sowie die „einheimischen“ Kader sind dagegen für viele „anständige Jungs von hier“. Und solange alles seine Ordnung hat, regt sich auch kaum jemand auf, wenn in Ribnitz-Dammgarten am Strand Hitlerbüsten und Reichskriegsadler verkauft werden, und Vietnamesen heissen selbstverständlich weiterhin „Fidschis“ und Türken „Kanaken“ oder „Schwarzfüsse“.

Auf 30% beläuft sich nach neuesten Umfragen das

rechtsradikale Einstellungspotential in Mecklenburg-Vorpommern. Trotzdem dümpelten bis zur Kommunalwahl im Sommer 2004 die rechtsextremen Parteien in der Bedeutungslosigkeit vor sich hin. Die NPD zählte 2004 weniger als hundert Mitglieder, von denen nur einige wenige in Ludwigslust, Stralsund, Rostock und Ostvorpommern nennenswerte Aktivitäten entfalteten. Dass die Partei in

Platz 2 der Landesliste kandidieren u.a. Birger Lüssow (Aktionsgruppe Rostock), David Petereit (MAF), Ricardo Kaster (HbP), Michael Gielnik (SNBP) und Enrico Harnisch (Initiative Volksaufklärung, ehemals Kameradschaftsbund Usedom).

Zu dem Erfolg der NPD bei der letzten Wahl trug auch bei, daß sie im Gegensatz zu den demokra-



den bevorstehenden Landtagswahlen am 17. September ins Schweriner Schloss einziehen könnte, liegt hauptsächlich an der Unterstützung der Partei durch neonazistische Kameradschaften.

Relativ isoliert von der Kameradschaftsszene trat die NPD zu den Kommunalwahlen im Juni 2004 in sechs Kreisen und einer kreisfreien Stadt an. Überraschenderweise gelang ihr überall der Einzug in die Parlamente, obwohl von seiten der Kameradschaften teilweise zum Wahlboykott aufgerufen wurde. Auffällig war, daß z.B. in Ostvorpommern gerade dort überdurchschnittliche Ergebnisse eingefahren wurden, wo es eine gute Verankerung der Kameradschaften gab.

Daraufhin wurde im November 2004 ein Volksfront-Bündnis gegründet zwischen der ehemals ungeliebten Systempartei NPD und den freien Kameradschaften.

Schon bei der Bundestagswahl im September 2005 zeigte das neue Bündnis Wirkung: In fast allen Orten, in denen die NPD auf mehr als zehn Prozent kam, können Kameradschaftsstrukturen vorausgesetzt werden. In einigen Orten konnte die NPD die Anzahl ihrer Wähler vervierfachen.

Einige „Kameraden“ traten selbst zur Wahl an, wie Tino Müller aus Ueckermünde, der in seinem Wahllokal in der Oststadt 21,8 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Er agiert hier seit Jahren mit seiner Kameradschaft NGB und der Bürgerinitiative „Schöner Wohnen in Ueckermünde“. Mit dieser Initiative sammelte er im Jahr 2003 etwa 2000 Unterschriften gegen die Einrichtung eines Flüchtlingsheims. Diese Anzahl entspricht ziemlich genau seinem Wahlergebnis.

Seither sind fast alle relevanten Führer der Kameradschaftsszene in die NPD eingetreten, z.B. im Oktober 2005 David Petereit mit 13 Kameraden aus Rostock, Anfang Dezember 20 Kader um Michael Gielnik aus Ostvorpommern, Mitte Dezember etwa zehn Kameraden um Robert Rupprecht aus dem Raum Nordvorpommern. Die Partei konnte damit ihre Mitgliederzahl im vergangenen Jahr fast verdoppeln.

Den gestiegenen Einfluss der „Freien“ innerhalb der NPD spiegelt auch die Kandidatenliste für die Landtagswahl wieder, die sich liest wie ein „who is who“ der Kameradschaftsszene: Neben Tino Müller auf

tischen Parteien einen sehr offensiven Wahlkampf führte. Es wurden Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt, es gab unzählige Informationsstände, die Kandidaten zogen von Haus zu Haus, suchten das direkte Gespräch mit den Wählern, griffen regionale Themen auf und problematisierten Hartz IV und Arbeitslosigkeit. Diese Strategie kann nun aufgrund der „Verstärkung“ aus der Kameradschaftsszene und der Unterstützung der Bundespartei mehr oder weniger flächendeckend angewandt werden. Zudem präsentieren sich die Rechten als einzige Protestpartei gegen rosa-rot und grosse Koalition. Für AntifaschistInnen gibt es in diesem Sommer in Mecklenburg-Vorpommern daher einiges zu tun.

Gegenstrategien

Beim Naziaufmarsch am 1. Mai in Rostock zeigte sich bereits ein Problem, vor dem Engagement gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern steht: Von Seiten der Polizei war „Null Toleranz“ angesagt, die Stadt hermetisch abgeriegelt, GegendemonstrantInnen wurden stundenlang eingekesselt, und selbst etablierte Personen des öffentlichen Lebens daran gehindert, irgendetwas offensiveres gegen die Nazis zu tun als weit entfernt ein Multikulti-Fest mit Hüpfburg und Trommelmusik zu feiern oder betend Kerzen zu halten. Die Drohung, das Gewerkschaftshaus zu stürmen, sollte von dort aus die Kundgebung der Nazis mit Musik gestört werden, schien durchaus ernst gemeint – insbesondere vor dem Hintergrund des G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm darf man davon ausgehen, dass solche Einsätze als willkommene „Übung“ für die Spezialeinheiten gesehen werden.

Um den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern, läuft seit Mitte Mai die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“, welche von einem breiten Spektrum nicht-rechter Gruppen, Bands, Clubs und Projekten aus MV getragen wird. Aber auch lokal regt sich Protest: Bei ihrem schwach besuchten Wahlkampfauftritt in Lübbtheen zeigten etwa 400 GegendemonstrantInnen der NPD mit lautem und bunten Protest die rote Karte.

Lea Winter

Infos:

www.links-lang.de,
www.keine-stimme-den-nazis.info,
www.lobbi-mv.de,
www.mbt-mv.de

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die NPD-Landtags-abgeordneten:

Partei/Kameradschaft
Wohnort



Michael Andrejewski
NPD
Anklam



Raimund Borrmann
NPD
Wismar



Stefan Köster
NPD
Hagenow

Felder – Wälder – Neonazis: so oder so ähnlich könnte die politische Situation in Mecklenburg-Vorpommern vor und nach der Landtagswahl 2006 bezeichnet werden. Elias Canetti beschreibt in „Masse und Macht“ sehr eindrucksvoll, als ob er Mecklenburg-Vorpommern kennen würde, was die „deutsche“ Identität ausmacht - Es ist der Wald, als Metapher für das stehende Herr, welches den „deutschen“ Kampf führen will, á la Barbarossa im Kyffhäuser. Und genau dies tut die NPD in einem Bundesland, dass von einer extrem hohen Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Weitläufigkeit des Landes geprägt ist. Diese nutzt die Einstellungen der Bevölkerung und die Verunsicherung bzw. Enttäuschung bzgl. des politischen Systems aus. Soziale Demagogie kommt eben genau dort gut an, wo sich eine latente Angst vor der Zukunft mit einer Fremdenfeindlichkeit (in MV sind es 63,7% laut der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“) paart.

Aussagen von neu gewählten NPD-Landtagsabgeordneten, wie dem Ueckermünder Kameradschaftsaktivisten Tino Müller: „Ich nehme den Hinweis von Frau Bretschneider (Anm.: Landtagspräsidentin) dankend an und werde demnächst von Mecklenburg und Vorpommern sprechen. Sie hat nämlich recht, denn schließlich werden 2/3 von Pommern zurzeit von Polen verwaltet. Dennoch bin ich Pommer und nicht Vorpommer.“ überraschen dann nicht.

Mit 7,3 % konnte die NPD am 17. September letzten Jahres in den Schweriner Landtag einziehen – knapp 60.000 Wähler_innen votierten für die neonazistische Partei. Ein Rückgang der Wahlbeteiligung von 70,6% (2002) auf 59,2 % führte sicherlich auch noch mal zu einem Zugewinn an Stimmen. Dies ist in Vergleich zu anderen Wahlen auch auf den von der NPD geführten Schwerpunktwahlkampf und die lückenlose Besetzung der Direktkandidaten in allen 36 Wahlbereichen zurückzuführen. In nur drei Wahlkreisen erhielt die NPD weniger als 5% - der Spitzenreiter war der vorpommersche Ort Postlow mit 38,6% (Vergleich zur Bundestagswahl: 15,1%). Die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow bilden mit rund 13% und 15% den neonazistischen Background aus dem die NPD agieren kann. Hier gibt es kaum zivilgesellschaftliche aktive Menschen – es herrscht ein diffuses „die Ausländer sind schuld“-Gefühl und die NPD wird hier von neonazistischen militanten Kameradschaften angeführt. Neonazikader wie Lutz Giesen (HDJ/Greifswald), Tino Müller (National-Germanische Bruderschaft/Ueckermünde) oder Michael Gielnik (SNBP/Heringsdorf) traten am 04. Februar 2006 beim Landesparteitag in Greifswald in die NPD ein und übernahmen quasi die Führung über die Partei. Der Wahlkampf lässt sich als bürgerlich beschreiben. Mit Infoständen und der Taktik der Wortergreifung versuchte die extreme Rechte sich bürgernah und weniger gewaltbe-

reit zu präsentieren. Sehr schön konnte dies am 18. Juni 2006 beim Wahlkampfauftakt in Lübbtheen beobachtet werden – die NPD lud zu einem „Volks“-fest ein, unterstützt von Hüpfburg, Bier, Bockwurst und der Blaskapelle „Landsturm“ aus Schleswig-Holstein, um potentielle Wähler_innen zu werben. Inhaltlich ging es schon ein wenig rabiater zu. So forderte Udo Pastörs (NPD/Lübbtheen) das der Rechtsstaat abgeschafft und Gedenkstätten für neonazistische Wehrmachtssoldaten errichtet werden sollten. Im Laufe des Wahlkampfes bröckelte das friedliche Bild, als Neonazis von der NPD Wahlkampfstände der SPD attackierten und einem resoluten PDS-Rentner; der sich dagegen wehrte, dass vor seinem Haus ein Neonaziplakat aufgehängt werden sollte; niederschlugen. Die eigentliche Schwäche der NPD in Mecklenburg-Vorpommern – strukturell sowie personell – wurde im Wahlkampf durch die freien Nationalisten ausgeglichen.

Graswurzelrevoluxer von rechts...

Die rechte Volksfront ist nicht nur ein Zweckbündnis, sondern vielmehr eine Strategie die Städte über die Dörfer zu erobern, denn in/mit diesen sind die militanten Kameradschaften tief verankert. Diese versuchen ganz praktisch das Konzept der „kulturellen Hegemonie“ des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci umzusetzen. Hilfreich dabei sind Gruppierungen wie der „Heimatbund Pommern“ (HeiBuPo) - ein neonazistischer Tanz- und Folkloreverein – der versucht durch Angelnachmittage oder



„Ferienlager“ eine rechte Erlebniswelt aufzubauen, um dadurch niedrigschwellige neonazistische Propaganda verbreiten zu können. Die „Heimatreue deutsche Jugend“ (HDJ) übernahm vor kurzem den HeiBuPo und versucht seitdem noch stärker die Idee der „völkische Gemeinschaft“ zu vermitteln – ein Langzeitprojekt. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass der langjährige HDJ-Aktivist Lutz Giesen nach Greifswald zog, denn die Hansestadt ist das regionale Zentrum in eben dieser braun gefärbten Gegend. Dass das Unterfangen „kulturelle Hegemonie“ von Rechts funktioniert kann daran

gesehen werden, dass in vielen kleinen Städten und Dörfern wie Anklam oder Ducherow die Neonazi-
marke „Thor Steinar“ als normale Kleidung angesehen wird und dadurch eben auch für nichtrechte Jugendliche „attraktiv“ bzw. en vogue wird. Dazu



beigetragen hat sicherlich auch der neonazistische Streetwear-Laden „New Dawn“ von Markus Thielke in Anklam. Dieser ist die Schaltzentrale des „Kameradschaftsbundes Anklam“ (KBA) und unterstützt die rechten Umtriebe in der Region nicht nur finanziell. Hier reihen sich auch rechte Baubetriebe, wie der Dachdeckerbetrieb von Mirko Gudath (KBA/Blesewitz) oder das nationale Wohnprojekt in Salchow (Alexander Wendt) ein. Die Weitläufigkeit des Bundeslandes hilft den Neonazis sich in aller Ruhe aufzubauen, Immobilien zu erwerben und in Ruhe „national befreite Zonen“ nach dem Konzept des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB/Studentenbund der NPD) aufzubauen. Und so sind die Neonazis von Nebenan auch die Jugendlichen von Nebenan, die „doch keiner Fliege was zu Leibe tun können“. Unterstützt wird dieses Unterfangen nach der Landtagswahl durch eine Landtagsfraktion der NPD, die in den nächsten Jahren 4,5 Millionen Euro aus der Staatskasse erhalten wird.

rechte Siedlungsbewegung ...

In Lübtheen (Landkreis Ludwigslust) wurde von diesem Geld das erste von sechs Bürgerbüros der NPD eröffnet – es gehört den Pastörs und befindet sich in dem ehemaligen Uhrenladen von Udo Pastörs (MdL/NPD). Dass das erste Büro sich dort befindet ist kein Wunder, ist es doch dort vor unliebsamen Besuchern relativ sicher – Pastörs gilt in der Stadt bzw. Region als angesehen und der Kreis Ludwigslust ist mit neonazistischen Kadern durchsetzt. Die Pastörs leben in dem nahe gelegenen Benz-Briest – einem NS-Musterdorf, das immer noch durch Runen und Hakenkreuze an den Häusern glänzt. In einem Dorf nahe Hagenow, einem Katzensprung von Lübtheen entfernt, lebt der NPD-Landesvorsitzende und MdL Stefan Köster nebst Frau Runhild, die laut „Der rechte Rand“ Aktivistin der „Gemeinschaft deutscher Frauen“ (GDF) ist. So entdeckte auch die „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) den Kreis Ludwigslust für sich - in Lüttenmark fanden Kinder-

und Jugendlager statt. In Bakendorf auf dem Gelände von Jürgen Witt sollte ein „nationales Openair“ stattfinden. Shoa-Leugner wie Erhard Kemper (Lapin) finden sich genauso ein, wie Klaus Bärthel, der das Neonazi-Theoriezine „Das Zentralorgan“ herausgibt. Die Liste könnte endlos weitergeführt werden. Der Einzug der NPD in Landtag von M-V stärkte das Vorhaben „no-go areas“ zu errichten und die rechte Siedlungsbewegung zu unterstützen.

„Kollektivschuld“ und die G8

Die NPD im Landtag von M-V zeigt sich bis jetzt janusköpfig. Zum Einen ist die neonazistische Partei bemüht auf landesspezifische Themen wie zur „Enquete-Kommission: „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ oder zum „Investitionsschutzfrist für Eigentumsgaragen auf fremden Grund“ Stellung zu beziehen. Auf der anderen Seite sind die Redebeiträge Satire pur und populistisch angelegt. So Birger Lüssow (NPD Rostock): „Die deutsche Jugend hat von ihrem Kollektiv-Schuld-Geschwätz und ihren Schuld-Kult-Orgien die Nase voll. „Auch wenn es ihnen nicht passt und sich viele von ihnen von morgens bis abends schämen, nehmen sie zur Kenntnis. Und das sage ich jetzt als Vertreter der jungen deutschen Generation in diesem hohen Haus, auch wenn sie ausflippen: Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!“ Außerdem versteht es die NPD Landtagsitzungen durch sinnlose Änderungsanträge und Nachfragen in die Länge zu ziehen. Vier der sechs NPD-Abgeordneten sind nicht in der Lage, die für sie geschriebenen Redebeiträge zu verlesen. Dennoch geht von der NPD im Landtag eine reale Gefahr für Menschen aus, die nicht in das neonazistische Weltbild passen. So gab es am 13. Nov. 2006 von Udo Pastörs eine kleine Anfrage wie viele Migrant_innen in M-V „geduldet“ werden – in einer Pressemitteilung forderte dieser dann, die konsequente Abschiebung dieser. Ein weiteres momentanes Aktionsfeld ist der kommende G8-Gipfel. Dazu stellte die NPD den Antrag im Landtag diesen aus finanziellen Gründen ausfallen zu lassen. In weiteren sieben Redebeiträgen versuchte die rechte Partei ihren Standpunkt zu untermauern – kurz der Gipfel müsse abgesagt werden, da er finanziell nicht tragbar sei. Eine inhaltliche Auseinandersetzung fand bzw. findet nicht statt. Einzig Pastörs schwadroniert davon, dass „die Völker die G8 nicht wollen“ und als Gegenpol zur momentanen Globalisierung eben nur der Nationalismus geeignet sei. In dem ersten „inhaltlichen“ NPD-Flyer wird versucht die Proteste gegen den Gipfel als gewaltbereit darzustellen. Hier offenbart die NPD wieder ihre Janusköpfigkeit: Möchte sie doch selber gerne am 2. Juni in Schwerin (Landeshauptstadt) mit ihrem Aufmarsch sich als Kapitalismus- und Gipfelgegner darstellen. Eine wirkliche inhaltliche Kritik ist nicht zu erwarten.



Birger Lüssow
NPD und „Festungsstadt Rostock“
Rostock



Tino Müller
NPD und „SNBP“
Ueckermünde



Udo Pastörs
NPD
Lübtheen

■
Friedrich Reiter

Marinestandort Rostock

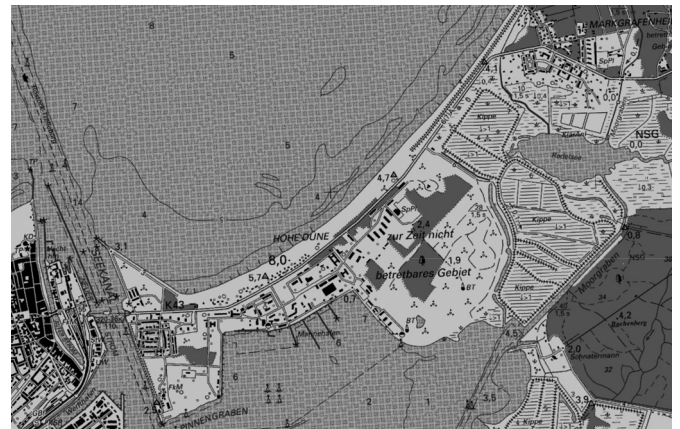
Gerade 2006, im 50. Jahr des Bestehens sowohl der Luftwaffe als auch der Deutschen Marine, wird besonders deutlich, welche Menge an Militärtechnik und -organisation inzwischen in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert ist. Die 50 Jahre Luftwaffe wurden gleich auf dem Eurofighter-Horst Laage gefeiert. Aber auch in Rostock ist die Bundeswehr unübersehbar vertreten:

Hohe Düne in unmittelbarer Nachbarschaft des Touristenmagnets Warnemünde, Militärstandort seit 1913, ist laut den Worten des Inspektors der Marine im Februar 2006 „eine Perle unter unseren Stützpunkten und für die Marine so wichtig wie Kiel und Wilhelmshaven“. 1 100 Soldaten sind hier stationiert. Die Fläche des Stützpunktes beträgt 248 Hektar an Land (dort stehen 92 Gebäude) und 86 Hektar Hafen: Standort für zwei Tender, zehn mit Flugkörpern bestückte Schnellboote (die deutsche Schnellbootflottille) und ein Ölauffangschiff.

Das ist natürlich nur ein Teil der Marine. Die deutsche Marine hat 14 Fregatten, 20 Minensuchboote, außerdem Schnellboote, U-Boote, Versorger, schwimmende und fliegende Einheiten. Mehr als 20.000 Soldaten gehören zur Marine. Nach Auffassung der Flottenführung ist gerade die Marine trotz knapper Kassen für die Zukunft gut aufgestellt, auch im internationalen Vergleich. Allerdings transformiert sie sich. In den nächsten Jahren werden Einheiten verlagert und Standorte umgebaut. Der Standort Rostock-Hohe Düne soll dabei noch wichtiger werden. Allein seit 2000 wurden hier 40 Millionen Euro investiert. Die Versorgung und Ausrüstung aller ca. 90 Kampfschiffe und Boote der deutschen Marine besorgt der Logistikbereich des Marineamtes. Dieses wurde vor wenigen Jahren aus Wilhelmshaven nach Rostock verlegt. Damit werden auch die Ausbildung der Marinesoldaten und die gesamte Infrastruktur der Ma-

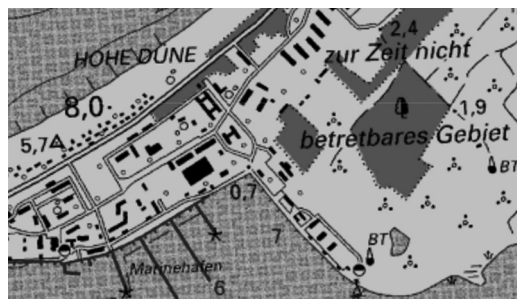
rine von Rostock aus verwaltet. Bis 2010 sollen Teile des Stabes der Flotte aus Bremerhaven ebenfalls nach Rostock kommen. Rostock wird also ein immer wichtigeres militärisches Führungszentrum.

Bis 2011 will die Marine in den Ausbau ihrer Standorte in MV noch einmal 41 Millionen Euro investieren. Davon entfallen 36 Millionen auf Hohe Düne. Bis 2008 werden hier fünf Korvetten stationiert: Kriegsschiffe für 240 Millionen Euro mit jeweils 65 Mann Besatzung und weiterem Personalbedarf für



Wartung und Versorgung. Dazu müssen unter anderem der Stützpunkt verbreitert, Brücken gebaut und der Hafen ausgebaut werden. Hohe Düne wird dann der modernste Marinestützpunkt Deutschlands sein. Das alles bedeutet auch einen weiteren Ausbau der Marine als Wirtschaftsfaktor für die Region. Allein die Werften des Landes haben 2005 Aufträge für Überholung und Neubau von Kriegsschiffen im Umfang von 21 Millionen Euro erfüllt. Damit wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landes MV noch enger an die Entwicklung der Instrumente militärischer Macht gekoppelt.

Schiffe aus Hohe Düne operieren aber weit über die Grenzen von MV hinaus. Auslandseinsätze gehören inzwischen auch für die Marine zum Alltag. Bereits 2002-2003 hatten hiesige Schnellboote Aufgaben der Seeraumüberwachung innerhalb der Operation Enduring Freedom im Golf von Aden am Horn von Afrika, 2003-2004 bei der Operation Strait of Gibraltar. Seit Oktober 2006 sind vier Schnellboote sowie einer der Tender aus Hohe Düne an der Wahrnehmung des „robusten Mandats“ des Einsatzes im Krisengebiet Naher Osten beteiligt. Das Motto ihres Rostocker Geschwaders lautet: „Don't worry, be happy“.

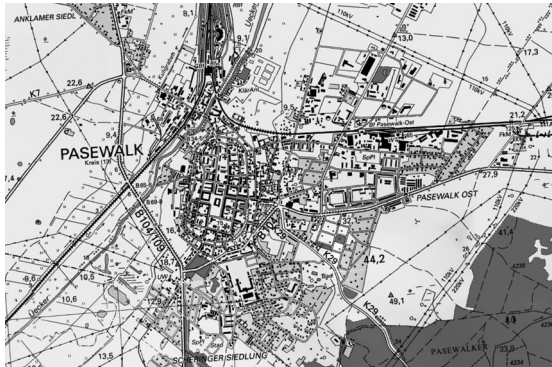


■
Cornelia Mannewitz,
Rostocker Friedensbündnis



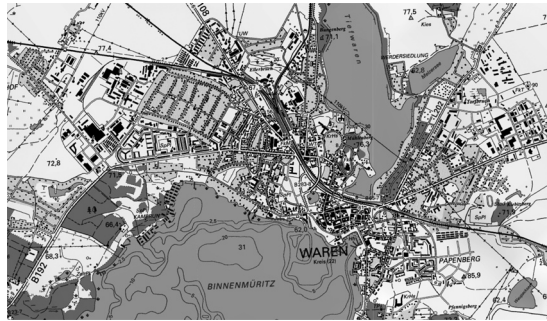
Mit kreativen Lösungen gegen die hohe Erwerbslosigkeit

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mussten viele Betriebe auch in Mecklenburg-Vorpommern ihre Produktion einstellen. Es gibt seit 1990 im wachsenden Maße ein Arbeitsplatzdefizit das zu der höchsten Massenlangzeitarbeitslosigkeit aller deutschen Länder führte. Man kann heute davon ausgehen, dass etwa für 220.000 Menschen eine existenzsichernde Arbeit fehlt. Die Erwerbslosen suchten nach einem Konzept, das den Anspruch verwirklichen konnte, Arbeitslosigkeit offensiv politisch zu bekämpfen, das Recht auf Arbeit einzufordern, Arbeitslose zu beraten und ihnen eine Heimstätte für die gegenseitige Hilfe im Umgang mit der völlig neuen Lebenssituation zu bieten.

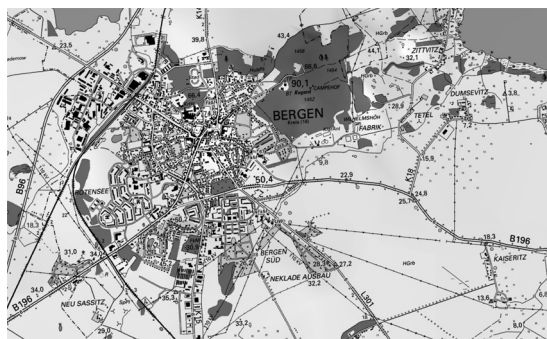


Flächendeckend gründeten sich 1990/91 Arbeitsloseninitiativen, die als einheitliche Interessenvertretung im Arbeitslosenverband Deutschland das sozialpolitische Engagement der Betroffenen mit dem Engagement derjenigen verbanden, die die Interessen der Erwerbslosen vertreten wollten. In der Auseinandersetzung um politische Veränderungen im Jahr 1998, die in Mecklenburg-Vorpommern an 10 Aktionstagen mehr als 12.000 Menschen auf die Straße brachten, entstand als eine neue Art der Vernetzung in unserem Land das Erwerbslosenparlament, das über 70 Verbände und Vereine als einheitliche Interessenvertretung mit und für die Erwerbslosen zusammenführt. Das Erwerbslosenparlament ging nie davon aus, dass die Berliner Politik, egal von welcher Regierung vertreten, alternativlos sei. In Mecklenburg-Vorpommern bot sich 1998 die Chance, dass mit Unterstützung der PDS in Parlament und Regierung alternative Vorstellungen von regionaler Beschäftigungspolitik durch die Erwerbslosen zumindest teilweise durchgesetzt werden konnten. Das Erwerbslosenparlament formulierte Vorstellungen zur Entwicklung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), der Regionalisierung der Beschäftigungspolitik entsprechend den konkreten Bedingungen vor Ort, zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Regionen und zur Beteiligung der Betroffenenorganisationen an der Ausarbeitung und Umsetzung der Arbeitsmarkt- und

Strukturpolitik im Lande. Kreative Lösungen, die in die Zukunft weisen, wurden in Mecklenburg-Vorpommern mit dem ÖBS, gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten



(GAP), den in den Landkreisen geförderten Organisationen für Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung (OAS), Integrations- und Kleinprojekten für soziale Zwecke, der Existenzgründerkampagne „Einfach anfangen“ oder dem Budget für Mikrodarlehen aus einem ESF-gespeisten Fonds entwickelt. Wichtige Initiativen für neue Arbeitsfelder wurden mit den Aktionsprogrammen zur Entwicklung des Tourismus und in der Gesundheitswirtschaft, zur Professionalisierung der Arbeit zur Verbesserung der Chancengleichheit und neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum oder zur Entwicklung einer interkulturellen Gesellschaft im Ostseeraum ausgelöst. Begonnen wurde im Jahr 2005 mit der aktiven Förderung des Genossenschaftsgedankens. In den nächsten 15 Jahren werden nach vielen Voraussagen weitere Arbeitsplätze wegfallen. Weiterbildung der Menschen und der steuerfinanzierte



gemeinwohlorientierte Beschäftigungssektor gewinnen für existenzsichernde Arbeitsplätze immer mehr an Bedeutung. Der Weg dahin wurde in Mecklenburg-Vorpommern beschritten. Es kommt darauf an die alternativen Projekte, für die es kein privatwirtschaftliches Angebot gibt, weiterhin durch die Politik aktiv zu befördern.

Dr. Gerd-Erich Neumann
E-mail: gerd-erich.neumann@t-online.de

Über Dschungelheim-Debatten, Angstzonen und Abschiebungen nach Togo

Stichworte zu G8, Flucht und Migration in Mecklenburg-Vorpommern

Antirassistische Netzwerke und Gruppen beteiligen sich ebenfalls an den Protesten gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen.

Politisch bzw. thematisch ist beabsichtigt, einen breiten Bogen zu schlagen: Einerseits möchten wir die unterschiedlichen Facetten rassistischer Diskriminierung, Verfolgung und Entrechtung sichtbar machen, mit welchen es Flüchtlinge und MigrantInnen tagtäglich zu tun haben – ob in Deutschland, der EU oder weltweit. Wir werden uns deshalb mit Hyper-Ausbeutungsverhältnissen in der europäischen Landwirtschaft genauso beschäftigen wie mit Gewalt in der Straßenbahn oder Abschiebungen aus EU-gesponserten Flüchtlingsauffanglagern in Nordafrika. Andererseits möchten wir exemplarische Schlaglichter auf die Hintergründe von Flucht und Migration werfen. Insbesondere möchten wir der Frage auf den Grund gehen, welche Bedeutung die Interessen der reichen (G8)Industrieländer beim Zustandekommen von Flucht und Migration ha-

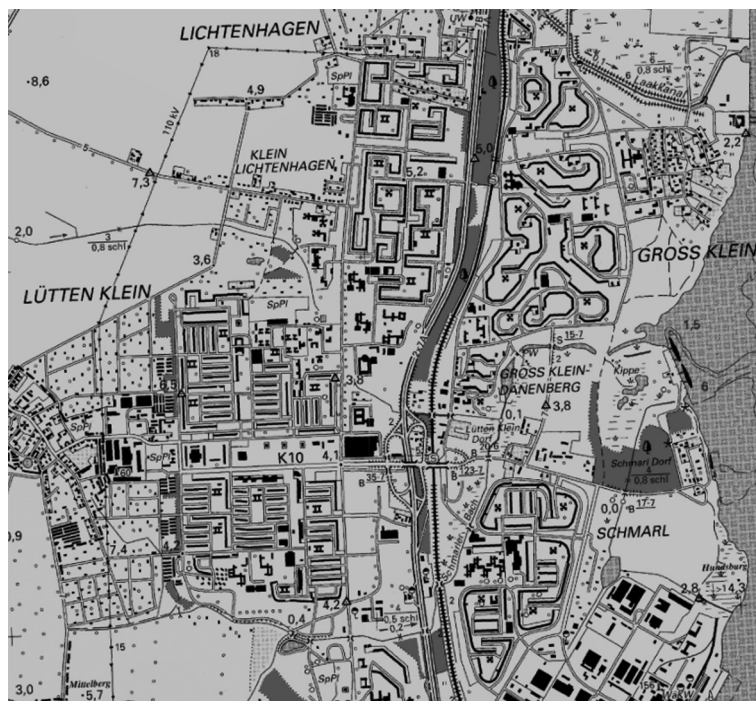
sche und wirtschaftliche Stützung diktatorischer Regime seitens Frankreich bzw. der EU, etwa in Togo oder Kamerun. Flüchtlingsselforganisationen haben diesbezüglich schon lange den Slogan geprägt: "Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört". Er wird deshalb im Laufe unserer Anti-G8-Aktivitäten eine prominente Rolle spielen – im Verein mit der Doppel-Forderung "Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!"

Auch wenn wir ‚Flucht‘ und ‚Migration‘ im Rahmen des G8-Gipfels von einem globalen Blickwinkel aus zum Thema machen möchten (schließlich ist der G8-Gipfel ein globales Ereignis), ist es uns genauso wichtig, die lokalen Begebenheiten stets im Auge zu behalten. Denn die von uns kritisierten Verhältnisse sind auf die eine oder andere Weise überall anzutreffen, also auch in Mecklenburg-Vorpommern:

Bundesweit bekannt geworden ist die Mecklenburg-Vorpommersche Flüchtlingspolitik nicht zuletzt durch die berühmt-berüchtigten Dschungelheime. Der Begriff stammt ursprünglich von selbstorganisierten FlüchtlingsaktivistInnen.

Gemeint sind weltabgeschiedene und meist abbruchreife Flüchtlingslager, etwa in ehemaligen Kasernen oder Feriensiedlungen. Was das konkret heißt, macht ein im März 2004 erstellter Erfahrungsbericht über das mittlerweile geschlossenen Flüchtlingsheim Peeschen deutlich: "Füchse, Rehe, Wildschweine und anderes Getier sind die einzigen Nachbarn. Der Regen und die Kälte dringt durch undichte Dächer und Wände in die Baracken. Immer wieder kommt es zu stundenlangen Stromausfällen. Sanitäre Anlagen und Kochgelegenheiten sind in katastrophalem Zustand. Das Leitungswasser ist eine milchige, zum Trinken und auch zum Waschen nicht geeignete Brühe. Die Abwässer laufen offen hinter den Baracken in den Wald.

Es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel. Jeder Weg, zum Einkauf, zum Arzt oder zur Behörde ist eine Strapaze." Gemeinsames Merkmal aller Dschungelheime ist die in ihrer geografischen

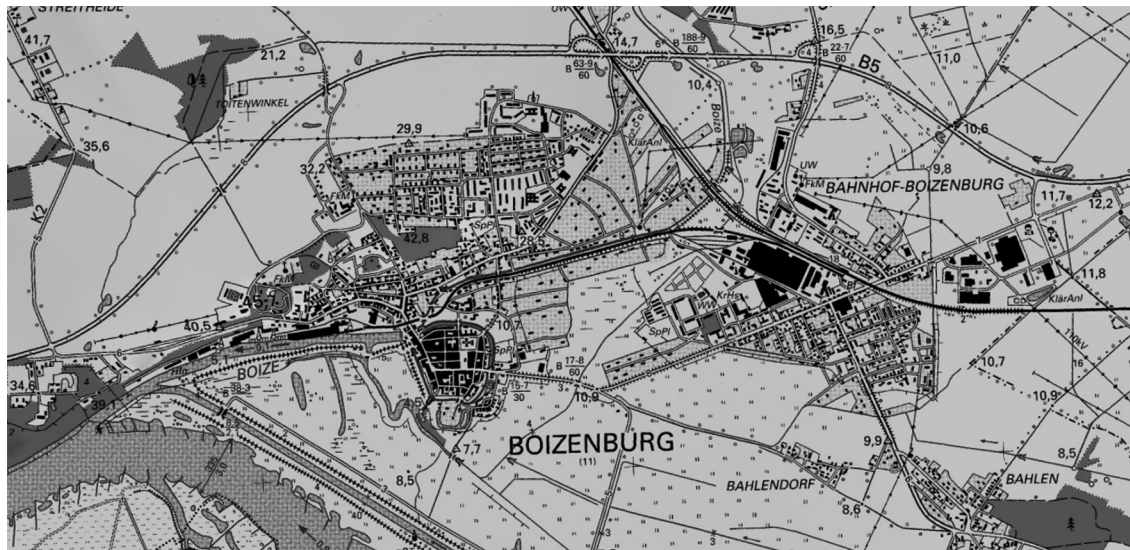


ben, etwa durch Ressourcen-Kriege wie im Kongo, in Tschetschenien oder aktuell im Tschad, die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen durch EU-Agrarsubventionen oder die politi-

Lage begründete Isolation. Das ist kein Zufall, denn je stärker Flüchtlinge isoliert bzw. sozial ausgeschlossen sind, d.h. je spärlicher ihre Kontakte zur ansässigen Wohnbevölkerung, zu migrantischen Communities, RechtsanwältInnen oder politischen AktivistInnen ausfallen, desto größer ist die Kontrolle, desto umfassender sind sie außerdem den Schikanen, Demütigungen und Bestrafungen durch Lagerleitung und Behörden

te Angebot einer Ausweichwohnung an, anstatt zukünftig in räumlicher Nähe mit Flüchtlingen zu leben.

Die zuständigen Behörden haben keineswegs einheitlich auf die Proteste reagiert. Allerdings scheinen manche von ihnen, etwa der Landkreis Parchim, nicht unfroh ob der lokalpolitisch verfahrenen Lage gewesen zu sein, konnte doch so die Einrichtung neuer Unterkünfte (einschließlich



ausgesetzt. Hierzu passt, dass die Polizei in Peechen und anderen Dschungelheimen üblicherweise nachts gekommen ist, um die abzuholen, deren Abschiebung unmittelbar bevorstand. Und doch, es haben sich regelmäßig auch kritische Stimmen zu Wort gemeldet – genauso wie es immer wieder zu direktem Widerstand durch die BewohnerInnen selbst gekommen ist. Das war der Grund, weshalb SPD und PDS bereits 1998 in ihrer Koalitionsvereinbarung die Schließung aller Dschungelheime in Mecklenburg-Vorpommern beschlossen haben. Allein: Passiert ist nichts! Erst wachsender Druck hat die Landesregierung 2001 dazu veranlasst, im Rahmen des so genannten Dschungelheimerlasses die Schließung sämtlicher außerhalb von Ortschaften gelegenen Flüchtlingsunterkünfte bis 2003 zu verfügen. Hieraus sind jedoch weitere, ungleich größere Konflikte entstanden. Denn überall, wo neue Flüchtlingsunterkünfte angesiedelt werden sollten, haben sich BürgerInnen mehr oder weniger spontan zusammengetan und mit Unterschriftenlisten gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft Stellung bezogen. Auch Bürgerversammlungen mit bis zu 400 TeilnehmerInnen wurden einberufen, unter anderem in Bad Doberan, Neustrelitz, Jürgenstorf, Neubrandenburg und Ducherow. In einem Fall, wo es den AnwohnerInnen nicht gelungen war, die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft zu verhindern, nahmen freilich 16 von 28 Mietparteien das von der örtlichen Wohnungsbaugenossenschaft unterbreitete-

zusätzlicher Geldausgaben) über Jahre hinausgezögert werden. Leidtragende waren einzig die Flüchtlinge. Zum Beispiel ist die 8 Kilometer von Crivitz entfernte Unterkunft Tramm-Zapel – zweifelsohne eines der übelsten Dschungelheime überhaupt – erst Ende 2004 geschlossen worden, andere mussten sogar bis 2006 warten. Wohlgermerkt: Die lokalen, mitunter von organisierten Nazis angeheizten Auseinandersetzungen um neue Flüchtlingslager gehören keineswegs einer vergangenen Epoche an, sie liegen gerade mal 3-4 Jahre zurück. Das dürfte erklären, weshalb der Opferhilfeverein LOBBI e.V. (welcher die Dschungelheim-Debatte auf seiner Website umfassend dokumentiert hat – vgl. <http://www.lobbi-mv.de>) nachdrücklich auf die Notwendigkeit pocht, sich kritisch mit den entsprechenden Vorgängen zu beschäftigen: "Über ein Jahrzehnt nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und der bundesweiten Welle weiterer Anschläge und Gewalttaten zeigt heute die massive Ablehnung der Flüchtlinge in Mecklenburg/Vorpommern, wie verankert rassistische Vorbehalte in der Bevölkerung sind. Immer noch besteht die Gefahr, dass sich Neonazis als Vollstrecker des Volkswillens sehen und Menschen oder Unterkünfte angreifen. Das gilt es zu verhindern. Noch bedrohlicher erscheint allerdings die Vorstellung, dass kein Baseballschläger oder Brandbeschleuniger zum Einsatz kommt - sondern durch vermeintlich demokratische Entscheidungsprozesse, Flüchtlinge in ganzen Landstrichen keinen Platz mehr finden."

Die von LOBBI e.V. angestellten Überlegungen gewinnen vor dem Hintergrund des jüngsten Wahlerfolgs der rechtsextremen NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Bedeutung. Erwähnt sei zum Beispiel, dass LOBBI e.V. in einer am 19.12.2006 veröffentlichten Presseerklärung von einer "deutlichen Zunahme rechter Gewalt seit den Landtagswahlen" spricht. Betroffen sind hiervon unter anderem Flüchtlinge bzw. Menschen, die vermeintlich nicht-deutsch aussehen. Für viele von ihnen ist es deshalb alltägliche Praxis, dass sie abends – zumindest an Wochenenden – ihre Unterkünfte nicht mehr verlassen oder sich nur an bestimmten Orten aufhalten bzw. bestimmte Wegstrecken und Verkehrsmittel benutzen. Mobile Opferberatungsstellen sprechen in diesem Zusammenhang von "Angsträumen" bzw. "Angstzonen".

Zurück zur Lagerpolitik: Mecklenburg-Vorpommern hat sich zwar von seiner Dschungelheimpolitik verabschiedet (eine Politik, welche – das sollte nicht vergessen werden – mehreren zehntausend Menschen das Leben jahrelang zur Hölle gemacht hat), dennoch verzichtet Mecklenburg-Vorpommern keinesfalls auf Lager. Besondere Erwähnung sollte die ebenfalls isoliert gelegene Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf/Horst in der Nähe von Boizenburg an der Elbe finden. Denn seit über einem Jahr wird das Lager in Horst zusätzlich als so genannte "Landesgemeinschaftsunterkunft" genutzt – und zwar für solche Flüchtlinge, welche aus Sicht der Behörden keine Bleibeperspektive in Deutschland haben und deren Integration deshalb verhindert werden soll. Das ist der Grund, weshalb die in der Horster "Landesgemeinschaftsunterkunft" untergebrachten Flüchtlinge ebenfalls dem strengen, eigentlich nur auf den Bereich der Erstaufnahme-

einrichtung beschränkten Lagerregime unterliegen – etwa zwangsweiser Kantinenverpflegung oder regelmäßigen Zimmerkontrollen. Sie sollen auf diese Weise – wie es insbesondere aus dem Niedersächsischen Abschiebelager Bramsche bekannt ist – in die Illegalität oder zur so genannten 'freiwilligen Ausreise' getrieben werden. Pikant ist, dass Nostdorf/Horst neuerdings auch Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für die rechtlich zu Hamburg gehörigen Flüchtlinge ist. Konkret: Hamburg zahlt Mecklenburg-Vorpommern Geld, damit Hamburg keine eigene Erstaufnahmeerichtung mehr betreiben muss. Was hinter dieser Entscheidung steckt, ist offensichtlich: Auch wenn der Hamburger Senat die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern ökonomische begründet, beabsichtigt ist, Hamburg flüchtlingsfrei zu machen!

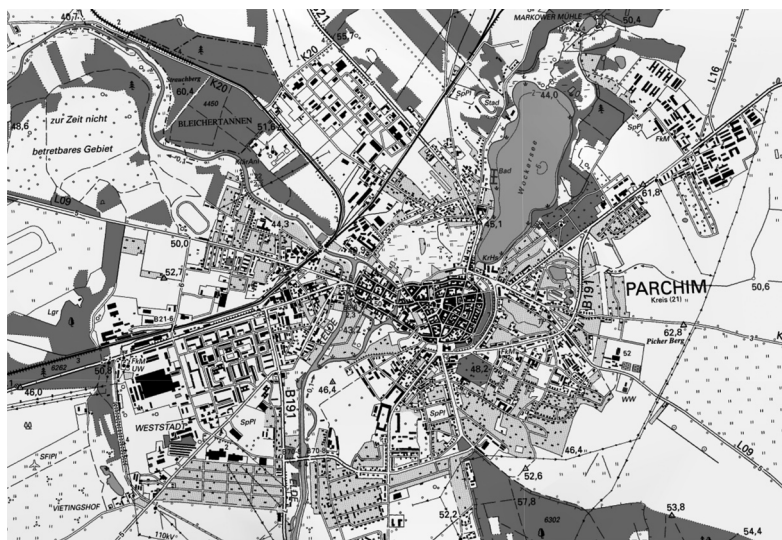
Die Kooperation zwischen den beiden Bundesländern ist auch noch in anderer Hinsicht bemerkenswert: Denn hierdurch wird auf der administrativen Ebene das 'nachgeholt', was sozial schon längst Realität geworden ist: Gut die Hälfte aller offiziell in Mecklenburg-Vorpommern registrierten Flüchtlinge lebt dauerhaft in Hamburg (und vergleichbaren Städten) – einfach deshalb, weil sie das Leben im urbanen Raum der oftmals tödlichen Einöde in der Mecklenburg-Vorpommerschen Provinz vorzieht. Damit dies finanziell überhaupt möglich ist, bleibt den Betroffenen nichts anderes, als sich in Hamburg auf dem irregulären Arbeitsmarkt zu mehr oder minder miesen Konditionen zu verdingen – was im übrigen der Grund ist, weshalb die Auseinandersetzung mit Arbeit und Prekarisierung auch aus flüchtlingspolitischer Perspektive ein absolutes Muss darstellt.

Ob Gewalt auf der Straße, Repression im Lager oder Ausbeutung in einer x-beliebigen Nieder-



glohn-Klitsche, sämtliche dieser Fragen sind elementar. Und dennoch sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die aufenthaltsrechtliche Problematik für Flüchtlinge und papierlose MigrantInnen letztlich die drängendste bzw. existentiellste darstellt – und das dürfte selbst für die gelten, die sich wohl oder übel auf ein Leben in ständiger Papierlosigkeit eingestellt haben. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig Bleiberechtskämpfe aufflammten. Am bekanntesten sind sicherlich die Anti-Abschiebekämpfe togolesischer Flüchtlinge: Denn derzeit sind allein in Mecklenburg-Vorpommern 300 Flüchtlinge aus Togo akut von Abschiebung bedroht. Bekannt

fertigt. Denn die Menschenrechtslage in Togo ist weiterhin hochgradig angespannt, nachdem es bereits im Anschluss an die manipulierten Präsidentschaftswahlen im April 2005 zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition gekommen war. Etwa 900 Menschen sind damals durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte und des Militärs ums Leben gekommen, 4000 wurden verletzt, mindestens 60000 mussten in die Nachbarländer Ghana und Benin fliehen – gewaltige Zahlen für ein Land mit gerade mal 5 Millionen EinwohnerInnen. Erst im November 2006 wies amnesty international darauf hin, dass die Verantwortlichen für diese Verbrechen bis heute nicht gerichtlich verfolgt wurden, gleichwohl Togos Präsident Fauré ein Ende der Straflosigkeit versprochen hatte. Und auch der UNHCR machte im August 2006 erneut darauf aufmerksam, dass sich die Struktur und Rolle der togolesischen Armee weiterhin nicht verändert habe. Es spricht mit anderen Worten vieles dagegen, von einer tatsächlichen Verbesserung der Lage zu sprechen, wie das z.B. die EU tut, nachdem es im September zu einer ersten, vorsichtigen Annäherung zwischen Regierung und Opposition gekommen war. Stattdessen dürfte die Formulierung



geworden ist vor allem der Fall Alassane Moussbaou. Für ihn hatten sich nicht nur der UNHCR, Pro Asyl und der Petitionsausschuss des Schweriner Landtags stark gemacht. Auch die damals an der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern beteiligte Linkspartei.PDS hatte wortreich und unter Aufbietung bundespolitischer Prominenz die Aussetzung der Abschiebung gefordert. Dennoch wurde Alassane Moussbaou am 31. Januar 2006 nach Togo abgeschoben – am 13. Tag eines Hungerstreiks, den er zusammen mit einem weiteren Flüchtling aus Togo im Abschiebeknast Bützow begonnen hatte. Als kurz darauf bekannt wurde, dass Milizen in Lomé versucht hätten, Alassane Moussbaou festzunehmen und dieser abermals ins Ausland geflohen sei, kippte die Stimmung endgültig, jetzt auch innerhalb der SPD-Landtagsfraktion. Ex-Innenminister Timm (SPD) blieb nichts anderes, als für Mecklenburg-Vorpommern einen 6-monatigen Abschiebestopp nach Togo zu verhängen. Dieser Abschiebestopp ist am 10. Oktober sang- und klanglos ausgelaufen, stattdessen wurden noch am 10. Oktober erste Abschiebe-Maßnahmen für togolesische Flüchtlinge in die Wege geleitet. Dass der Abschiebestopp nicht verlängert wurde, ist weder sachlich noch rechtlich gerecht-

der PDS-Bundestagsfraktion vom September 2006 der Wahrheit ungleich näher kommen (anlässlich ihres Antrags für einen bundeseinheitlichen Abschiebestopp nach Togo): "Phasen momentaner Ruhe besagen (...) in Diktaturen lediglich, dass sich die Opposition nicht öffentlich artikuliert. Verfolgung und Folter gegenüber Oppositionellen finden weiterhin statt, zumeist nachts und seltener auf offener Straße."

Es bleibt: Unmittelbar vor dem G8-Gipfel werden wir im Rahmen einer antirassistischen Aktionstour von München nach Heiligendamm in Horst und Schwerin Station machen. Des weiteren findet am 4. Juni 2007 (d.h. 2 Tage vor Beginn des Gipfels) ein antirassistischer Aktionstag in Rostock statt – inklusive Großdemo und thematischen Veranstaltungen. Schließlich werden wir auch anlässlich des Alternativgipfels vom 5.-7. Juni aktiv werden.

Nähere Infos unter: www.nolager.de

■
NoLager Bremen

Zur Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Im Juni 2007 werden sie eingeflogen werden: die gaaaanz Wichtigsten, ihr Fussvolk, die Pressemenschen...und am 8.6. sind sie wieder weg.

Vom Bundesland MV werden sie nur mitkriegen: den Flugplatz Rostock-Laage, Heiligendamm und Kühlungsborn mit dem Zaun drumherum...und alle möglichen TV-Bilder.

Vermutlich wird es auch einigen GipfelstürmerInnen ähnlich gehen (die allerdings wohl nicht mit dem Flugzeug kommen werden) – aber wir wollen mal hoffen, dass das die Minderheit ist. Dieser Text soll denen, die etwas mehr von MV mitbekommen wollen, einen Einstieg erleichtern – (Schwerpunkt liegt auf dem Agrar-Thema), geschrieben von einem aus dem „G8- Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“

Alle, die MV nur von der Autobahn oder ein paar Tagen am Meer kennen, haben wohl einen ähnlichen Eindruck: ein armes Agrarland. Aber: sehen wir genauer hin:

1. Wovon leben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?

a. Ist MV ein Agrarland?

Eigentlich nicht, nur 4% der jährlichen „Wirtschaftsleistung“ erfolgt im Agrarbereich.

Nehmen wir die offiziellen Wirtschaftsstatistik-Zahlen des „Brutto-Sozialprodukts“. Die haben zwar viele Macken, aber als Schätzung für Größenordnungen sind sie wohl brauchbar. Für 2004 wird da angegeben: Land-, Forstwirtschaft, Fischerei beträgt etwas über 4% (1991 waren es auch nur etwa 5,5%), produzierendes Gewerbe 19% (1991 noch 28%) – und also 77% die „Dienstleistungsbereiche“ (1991 noch 66%).

Nun gut, das sind Zahlen aus der kapitalistischen Wirtschaftsrechnung, die den Agrarbereich sowieso immer geringer bewertet –

Wie sieht es mit den Beschäftigten-Zahlen aus? Im Agrarbereich arbeiten nur knapp 5% der Beschäftigten des Landes.

Von den 700 000 „Erwerbstätigen“ (1991 waren es noch etwa 900.000) arbeiten 2004 etwa 140.000 im „produzierenden Gewerbe“ (davon allein über 60.000 im Baubereich), 190.000 im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, über 90.000 im Bereich Finanzierung und Vermietung und 250.000 im Öffentlichen Dienst und bei privaten Dienstleistern – im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sind nur 32 500 Menschen beschäftigt (Achtung, auch hier wieder nur Größenordnungen, die Einzelstatistiken bringen immer wieder zT abweichende Zahlen).

Weder von der „Wertschöpfung“ noch von den Beschäftigten ist MV ein Agrarland – wie sieht es aber mit den Flächen aus. Über die Hälfte der Fläche des Landes wird landwirtschaftlich genutzt.

Die Gesamtfläche des Landes beträgt 23.178 qkm oder 2,318 Mio ha, über die Hälfte wird landwirtschaftlich genutzt (1,357 Mio ha), davon der überwiegende Teil als Ackerland (1,083 Mio ha). An diesen Zahlen wird deutlich, warum dieser Eindruck „Agrarland“ entsteht. Betrachten wir Größe und Eigentumsform der landwirtschaftlichen Betriebe (hier gibt es nur Zahlen von 2003, und leider sind sie nicht sehr aussagefähig), dann verdeutlicht sich der Eindruck:

Der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Flächen befindet sich im Besitz von „Großunternehmen“ (GmbHs, eingetragenen Genossenschaften, KGs) – und dort wird landwirtschaftliche Großproduktion („industrielle Landwirtschaft“) für „den Markt“ betrieben.

„Die Bauern“: das sind also nicht die Gehöfte, die für die umliegenden DörflerInnen produzieren, „der Markt“, das sind nun nicht die Läden in den benachbarten Klein- oder Mittelstädten..das „Agrarland“ hat mit der Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung kaum noch etwas zu tun.

b. Ernährung:

Und wie ernähren sich denn nun die Menschen in MV?

Sie gehen in die mehr oder minder grossen Supermärkte, zu Lidl, Aldi, Rewe, Edeka usw – und die Leute vom Dorf müssen eben etwas weitere Wege zurücklegen.

Und wie kommen denn diese Kaufhauskonzerne an ihre Waren? Wer etwas aufmerksam nicht nur auf Preise, sondern auch auf Herkunftsländer achtet, sieht sich als letztes Glied der „globalisierten industriellen Landwirtschaft“.

Eigentlich ist es ja doch recht unverständlich, warum es zB in Agrarländern wie Argentinien Hunger geben soll, wo es doch so grosse Mengen von billigem und leckerem Fleisch gibt, dass die Überschüsse sogar bis in unseren Regale gelangen.

Die Erklärung ist einfach: „Globalisierte Landwirtschaft“ bedeutet Widersinn auf der ganzen Welt, nicht nur bei uns.

Auch in Argentinien gibt es die BesitzerInnen der Großfarmen, die sich schon seit Jahrzehnten an den Rohstoffbörsen orientieren, an den Schwankungen der Weltmarktpreisen, an den Profitraten für „ihr Kapital“, für die Anlagemöglichkeiten für ihren Reichtum, an den Ratschlägen der „Investment-Banker“. Zürich und New York ist für sie viel näher als ihr Nachbardorf und dessen BewohnerInnen – und oft genug fühlen auch sie sich als Abhängige, unter

dem Druck des „kapitalistischen Gesamtsystems“. Auch in Argentinien gibt es die KleinbäuerInnen, die für sich, ihre Dörfer, die nächsten Kleinmärkte

Lebensmittel produzieren, immer seltenen („das rentiert sich nicht mehr“). Unter dem Druck von Markt- und Kreditzwängen und der Landflucht gerade der Jüngeren können sich die Großfarmer Land aneignen und für den „Weltmarkt“ produzieren: zB Soja für das Viehfutter in MV, Fleisch für die Lids in MV. Die KleinbäuerInnen werden entweder zu billigsten Arbeitskräften auf den Großfarmen – oder wandern in die Elendsviertel der Megastädte ab ..und wenn sie dort riesiges Glück haben, bekommen sie einen Job als VerkäuferIn (mit üblen Arbeitsbedingungen und niedrigen Sozialstandards und Löhnen) bei einer der großen Lebensmittel-Ketten. Und auch in MV sind viele der Verkäuferinnen im Vergleich zu anderen Beschäftigten gerade bei Lidl diesem „globalisierten Arbeitseinsatz“ ausgesetzt: Nur so lassen sich die „sensationellen Tief-Preise“ hier erklären: Trennung der BäuerInnen vom Land, Beschäftigung der „überschüssigen Dörfler“ auf Großplantagen, in Lebensmittel-Transport, beim Verkauf – zu Bedingungen, die „eine günstige Kostenstruktur“ bewirken.

Gut, so kommen also die Lebensmittel-Discounter zu ihren Gewinnen – und die städtische Bevölkerung in MV zu ihren Lebensmittel (und die Ärmsten können sich aus den Containern und den Suppenküchen ernähren) – aber was hat das mit den Bauern in MV zu tun?

Tja, das wird zunehmend zu einer offenen Frage: denn trotz der „objektiv geringen Bedeutung“ der Bauern für das Land: kein Politiker, keine Partei stellt die Subventionspolitik (die natürlich nicht die kleinen Lebensmittelproduzenten, sondern die Agro-Unternehmen, die Saatgut- und handelsfirmen, die Lebensmittel-Industrie fördert) ernsthaft in Frage. (Ganz aktuell propagieren sie schon wieder einen neuen Hit: Bio-Energie-Produktion, der Landwirt soll zum Energiewirt werden...aber das wäre ein ganz neues Thema..).

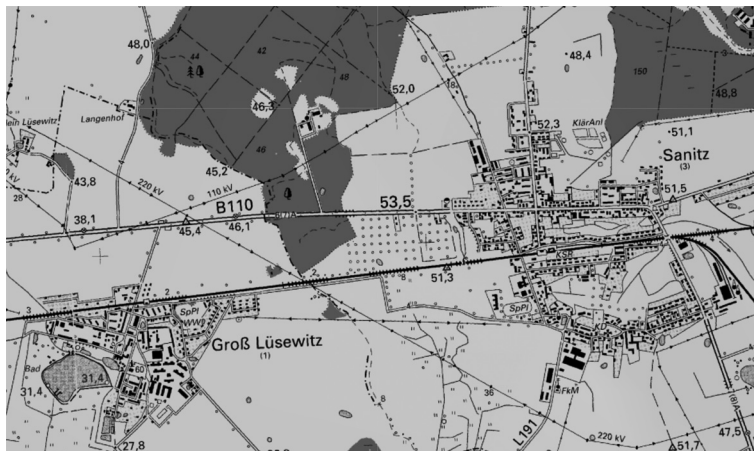
2. Wie ist dieses absurde Agro-System entstanden

Grundlage e ist eine nord-ostdeutsche Besonderheit, im Unterschied zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Süden und Westen, die Entwicklung der

a „Rittergüter“ und Großagrarier

Die großflächige Landwirtschaft ist nicht etwa mit der kapitalistischen Wende 1990 entstanden, sondern schon vor mehreren Jahrhunderten! Sie erfolgte „von oben“: Fürsten und andere Herrscher riefen Ritterorden und Mönche, und die vertrieben in

einem langsamen Prozeß die dort ursprünglich lebenden Bauern – oder zwangen sie zu unterschiedlichsten Frondiensten.



Schon vor dem 30-jährigen Krieg verfügten sie als „Ritterschaft“ über einen beträchtlichen Einfluss gegenüber ihren Herrschern. Die „Landständische Union“ von 1523 ist so etwas wie eine Verfassung, Unterzeichner waren primär Hauptvertreter der etwa 170 mecklenburgischen Adelsgeschlechter des 16.Jh. „Sie bildeten den Kern der Ritterschaft und galten später als eingeborener, alter mecklenburgischer Adel mit besonderen Privilegien..“ Nach den Kriegsverwüstungen (bis 1648) fing die Entwicklung fast wieder von Null an.

Der Beginn der Neuzeit brachte eine europäische Agrarkonjunktur, dabei besonders für die getreidebauende Landwirtschaft einen Aufschwung. Aber: das war ein Aufschwung für die Gutsbesitzer, nicht für die BäuerInnen! Östlich der Elbe wurde (in einem sich über Jahrhunderte hinziehenden Prozess) aus einem Land, das überwiegend Bauernland gewesen war, ein klassisches Territorium des Grossgrundbesitzes mit umfangreichen Gütern“.

Die Methode, auch als „Bauernlegen“ bezeichnet, war rechtlich völlig korrekt: die Grundherren erzwangen aufgrund ihrer „Gerichtsbarkeit“ eine Steigerung der bäuerlichen Dienste, so dass sie keine Zeit mehr für den Anbau auf der eigenen Scholle hatten. Kombiniert mit der „Schollenbindung“, also der Anwesenheitspflicht zur Ableistung der Frondienste, ergibt sich faktisch eine Leibeigenschaft. Dies wurde besonders intensiv im Bereich der Ritterschaft exekutiert, die über etwa die Hälfte des mecklenburgischen Territoriums verfügte, tonangebend waren die altadlige Familien etwa der Landmarschälle (bes. Lützwow, Malzahn,Hahn) und der Landräte.

Diese Entwicklung verlief so schnell, weil es „der Markt“ so wollte: als neue Produktionsmethode führten die Großagrarier anstelle der Dreifelderwirtschaft eine sieben-schlägige Bebauung ein, die größere Teilflächen benötigten und den Kornertrag verdoppelte, die Rinderhaltung durch zusätzliche Weidenflächen intensivierten, und da fügte es „der Fortschritt“ prächtig, dass nach dem Niederlegen der Bauernstellen genügend besitzlose Landarbeiter zur Verfügung standen.

Das 19.Jahrhundert mit seinen Unruhe, Aufständen, Abwehrkämpfen, Streiks kam in Mecklenburg nur

höchst verzögert an. Gelegentlich gab kleinen Reformen in Einzelfällen, aber die Gütern mit über 100 ha dominierten weiterhin die mecklenburgische Wirtschaft... Maschinennutzung und der Großviehbestand lagen allgemein über dem Reichsdurchschnitt.

Selbst noch in der Weimarer Republik blieb weiterhin die Land- und Forstwirtschaft strukturbestimmend, und auch jetzt noch machte der Großgrundbesitz immer noch 60% des gesamteten Nutzfläche aus.

den Großraum Berlin.“ Im November 1931 konnte die NSDAP in neun von zehn Ämtern die Mehrheit erringen, im März 1932 wurde sie in Mecklenburg-Strelitz an einer Koalitionsregierung beteiligt, in den Juni-Wahlen 1932 erreichte sie fast 49%, am 1.4.1933 gab es den ersten Judenprogram. Die Kriegsindustrie führte besonders in Rostock und Neubrandenburg zu deutlichem Aufschwung – und bald auch zu den häufigsten Bombardierungen.

Genversuch an Kartoffeln in Hohenmocker hat begonnen

LANDWIRTSCHAFT Statt des noch nicht genehmigten Großversuchs an Kartoffeln gibts nun ein kleines Testfeld.

VON SILKE VOSS

HOHENMOCKER. Wie die Gegner des Versuchs mit gentechnisch veränderten Kartoffeln auf einem Testfeld in Hohenmocker jetzt mitgeteilt haben, ist ein Teil des Feldes nun mit einem Stromzaun umgeben, und auf einer Fläche von rund einem Hektar sollen bereits gentechnisch veränderte Kartoffeln gepflanzt worden sein. Ursprünglich war die Anpflanzung auf einer Versuchsfläche von zirka 28 Hektar geplant. Da der großflächige Test jedoch bis heute nicht genehmigt wurde, hat der beantragende Chemiekonzern BASF laut Bürgerinitiative somit ein „vereinfachtes Verfahren“ angewendet und einen bereits 2004 genehmigten Versuch nach Hohenmocker ohne dafür notwendige Bürgerbeteiligung verlegt (der Nordkurier berichtete).

Neben dem Feld stehe nun ein Container für den Sicherheitsdienst. Der Bereich werde 24 Stunden in jeweils zwei Schichten überwacht. Um das Testfeld sei ein Streifen gezogen, um zu erkennen, wenn sich jemand dem Feld genähert hat. Hinter dem Elektro-Zaun sollen

mehrere Schilder mit der Aufschrift „Achtung Testfeld - Pflanzen nicht für den Verzehr geeignet“ stehen.

Etwa hundert Menschen aus der Region hatten gegen den Freisetzungsvorhaben Einwendungen verfasst, woraufhin der Ausbau zunächst gestoppt wurde. Die Ankündigung von Versuchen mit gentechnisch veränderten Kartoffeln im Landkreis hat in den letzten Wochen viel Kritik ausgelöst, allerdings gab es aus Kreisen der Landwirtschaft auch Zustimmung. Über 400 Menschen haben auf einer Unter-

schriftenliste die Schaffung gentechnikfreier Regionen gefordert. Der für dies Jahr vorgesehene Groß-Versuch konnte nach Darstellung des Grünen-Kreistagsabgeordneten Georg Nikielski aufgrund der von den Kritikern vorgebrachten Gründe und der damit verbundenen aufwändigen Prüfung durch die Genehmigungsbehörde nicht mehr rechtzeitig beginnen. Die Vegetationsperiode für einen so späten Kartoffelanbau wäre gerade für einen wissenschaftlich begleiteten Versuch zu kurz, meint Nikielski.



Aufmerksame Beobachter und Gentechnik-Gegner wollen den ersten Anbau auf einem Testfeld ausgemacht haben. FOTO: PRIVAT

Artikel vom 3. Juni 2006 aus dem Nordkurier

dem Lande wurde durch Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländische Zwangsarbeitern „zu beheben versucht: sie bildeten 1943 etwa die Hälfte aller Beschäftigten“

Der Reichsfürst v. Maltzan 1816 auf seinen Besitzungen die Leibeigenschaft) oder zu Anbaureformen auf dem Gebiet der Fürsten und einzelner bürgerlicher Rittergutbesitzer – aber dies ging mit einer verstärkten Landflucht einher. Politisch blieben reaktionäre und chauvinistische Strömungen vorherrschend, im Krieg galten die mecklenburgischen Truppen als außerordentlich zuverlässig. Immerhin gab es im Kriegsverlauf häufige Hungerrevolten und zunehmend auch Streiks, und im November 1918 übernahmen die Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte nicht nur in den Städten, sondern teilweise auch in kleinen Orten „die Macht“. Selbst unter den LandarbeiterInnen gab es Streiks, die aber scheiterten und zu Massenentlassungen führten. „Den schwersten Stand auf dem Lande hatten die Büdner und Häusler, die an ihren Besitz gebunden waren und einen Nebenerwerb betreiben mußten, was ihnen in der Regel eine außerordentlich hohe Arbeitsleistung abverlangte, ohne entsprechende soziale Besserstellung“. Bis 1924 gab es linksbürgerliche Regierungen, danach eine deutliche Tendenz nach rechts. „Die Landwirtschaft entwickelte sich mehr und mehr zum inländischen Lieferanten für

b. Aufbau und Zerschlagung kleinbäuerlicher Strukturen (1945 und 1990)

Nach Kriegsende war Mecklenburg das Land mit den meisten Flüchtlingen.

Auf dem Lande erfolgen radikale Umstrukturierungen: Die Bodenreform begünstigte Flüchtlinge, Landarbeiter (die künftigen „Neubauern“) und Kleinbauern. Eine siebenköpfige Landesbodenkommission (3 KPD, 2 SPD, 2 andere Parteien) enteignete über 2000 Gütern und somit knapp der Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche. Die Zahl der bäuerlichen Kleinbetriebe stieg von 57.000 auf 2220.000, die etwa 13.000 mittel- und großbäuerlichen Betriebe bis 100 ha blieben erhalten, 333 nicht aufgeteilte Güter wurden in Staatsgüter umgewandelt.

Die Lage der Neubauern war durch große Arbeitslast gekennzeichnet: es fehlten Wohngebäude, Stallungen für Zug- Milch- und Mastvieh, es gab zu wenig Landwirtschaftsmaschinen, sicherlich auf häufig wenig Qualifikation und Erfahrung – und bei Nichterfüllung des Ablieferungssoll drohten schwere Strafen. Zentraler Bauprogramme und Gründung von Maschinenausleihstationen sollten Anhilfe schaffen, aber viele Kleinbauern das Soll nicht erfüllen und gaben auf – 1951 blieben deshalb 87.000 ha unbewirtschaftet. Die Zielvorgaben für tierische Erzeugnisse konnten 1951 nur zu 89,7%, bei pflanzlichen Produkten nur zu 82,7% erfüllt werden – dies wurde mit der Zersplitterung der Flächen begründet, erste Kollektivierungsüberlegungen wurden angestellt. Beschaffungs- und weiterverarbeitende Funktionen übernahmen die etwa 1.300 Genossenschaften, die aber kaum Neubauern umfassten.

1952 wurde das Land Mecklenburg aufgelöst, die drei Nordbezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gebildet. Die industrielle Entwicklung der Nordbezirke konzentrierte sich zunächst auf den Schiffbau und den Ausbau des Rostocker Überseehafens, an 2. Stelle lag die dezentralere Nahrungs- und Genußmittelindustrie: neben den bestehenden Betrieben der Milch, Zucker- und Fleischverarbeitung sowie Brauereien und Brennereien traten neu Betriebe der Fischverarbeitung.

Schon 1952 beschloß die Führung der SED die Entwicklung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG): sie sollten besonders die Kleinbauern zusammen fassen. Die LPG erhielten zwei Jahre Steuerfreiheit und ein niedrigeres Ablieferungssoll. Der Druck auf die sich nicht freiwillig anschließenden Kleinbauern wurde durch Sollerhöhung verstärkt – und führte nicht selten zur Flucht in den Westen. Gleichzeitig wurden Programme für Baumaßnahmen in LPG entwickelt, für Wohnhäuser

im Plattenbaustil, aber beispielsweise auch durch Kulturhäuser auf dem Dorf, mit Versammlungssaal, Bibliothek, Kino und Dorfakademie.

1957 beschloß der V.Parteitag der SED, die „Vollgenossenschaftlichkeit“ auf dem Lande bis 1964 durchzusetzen, im Bezirk Rostock wurde per Zwang dieses Ziel schon Anfang 1960 durchgesetzt. Ende 1961 zählten die drei Bezirke jeweils über 1.000 LPG, etwa die Hälfte verfügte über eine Fläche von unter 20 ha.

Mitte der 60er Jahre erfolgte die nächste Umstrukturierung der Landwirtschaft. Wie im Industriebereich durch Schaffung von „Kombinaten“ erfolgte hier die Zusammenlegung von LPG, spezialisiert auf Tier- oder Pflanzenproduktion, mit Volkseigenen Gütern, zu „Großbetrieben in Kooperationsgemeinschaften: in den drei Nordbezirken gab es 1989 325 Betriebe der Pflanzenproduktion und 782 der Tierproduktion, die bewirtschafteten Flächen lag in der Mehrzahl bei 4-6.000 ha pro Betrieb. 1989 arbeiteten 22% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft der drei Nordbezirke, im Bezirk Neubrandenburg sogar 27%, etwa das Doppelte des DDR-Durchschnitts.

Die industrielle Landwirtschaft hatte sich also schon nach kurzer Zeit gegenüber der kleinbäuerlichen durchgesetzt, aber im deutlichen Gegensatz zu den früheren Phasen handelte es sich nicht um Exportwirtschaft. Durch den land-nahen Aufbau der verarbeitenden Industrie und durch vielfältige Versuche, den Stadt-Land-Unterschied zumindest zu begrenzen (Wohnungsbau, kulturelle und Gesundheitseinrichtungen), gab es Arbeits- und Lebensmöglichkeiten auf dem Lande.

ländlichen Gebieten. Durch die Auflösung der LPG, die EU-Agrarrichtlinien und die Rechtsunsicherheit, die Ergebnisse der Bodenreform betreffend, hatte die Beschäftigung in der Landwirtschaft die größten Verluste zu verzeichnen. Wiedereinrichter und neue Kooperativen konnten nur einen kleinen Teil der Arbeitnehmer auffangen“

1989 waren 22% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, 2004 etwa 5% - mit etwas Phantasie läßt sich der dramatische Einbruch leicht vorstellen. Nun kam der völlig demokratische und freie Markt-der aber an ihren Produkten kaum Interesse hatte! Die KonsumentInnen kauften lieber Gemüse aus Spanien, die GroßeinkäuferInnen der Supermärkte forderte große Margen, festgelegte Qualität, sprich „Weltmarkt-Niveau“. Faktisch bedeutete das eine Bevorzugung der großen Einheiten, die es ja durch die Umwandlung der LPG in GmbHs, KGs usw geben konnte: mit „Unterstützung“ von „WestberaterInnen“, die die neuen Gesellschafts-, Steuer- und Finanzierungs-Spielregeln beherrschten, die Buchhaltungstricks kannten und die Anträge für die existenznotwendigen Subventionen, die Kontakte zu den AufkäuferInnen der Lebensmittelindustrie hatten.

Leider kenne ich bisher viele Einzelheiten dieser Geschichte nicht. Manches ist wohl überzeichnet, neugierig wäre ich zB auf bestehende Ausnahmen vom großen Trend, auch auf Genossenschaften in MV, die sich dem kapitalistischen Haupttrend entziehen, auf lokale Projekte ganz anderen Wirtschaftens – hoffentlich gibt es da viele Ergänzungen.

Ich empfehle allen, bei Gesprächen in MV nicht so viel zu erklären, was G8 ist und tut und was globalisierter Kapitalismus bedeutet, sondern genau zu hören und zu fragen: da gibt es eine Unmenge von Material in den Biografien der Menschen vor Ort! Der Zusammenbruch der DDR bedeutete für die Landwirtschaft das Ende der „relativen Selbstversorgung“ mit ihren Macken bei Produktion und Verteilung, die Übernahme weniger Verarbeitungsbetriebe durch West-Konzerne, die Stilllegung aller übriger – in anderen Ländern würden wir sagen: die Vertreibung der KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen von ihrem Land, den Aufbau einer Industrie-orientierten Zuliefer-Landwirtschaft. Im Unterschied zu der Situation im



Das änderte sich mit der Wende, der Einführung der freiheitlich-kapitalistischen Marktwirtschaft grundlegend. Zunächst traten wieder die Kleinbauern auf die Bildfläche: sie durften aus den Genossenschaften austreten, durften Wiedereinrichter werden, durften mit westlicher Anleitung alles wundervoll neu gestalten.

Diese Blühträume verwelkten in aller kürzester Zeit. Zitat: „Dramatisch war die Entwicklung in den

Tricont bleiben aber viele auf dem Lande leben: sie haben Häuschen, bekommen Hartz IV oder ähnliche Zuwendungen, bauen in sehr bescheidenem Maße Gemüse und Obst für den Eigenbedarf an – und suchen sich die Billigst-Angebote bei Lidl beim wöchentlichen Großeinkauf heraus.

Für die LandespolitikerInnen scheint die Tourismus-Industrie ein Rettungsanker zu sein, auch wegen der Schwerpunktsetzung auf „Gesundheitstouris-



mus“ und dem Erhalt von Naturräumen mit einem Viertel der Gesamtfläche des Landes. Noch durch die letzte Volkskammer der DDR wurden drei Nationalparks gegründet, ein Biosphärenreservat, drei Naturparks, 261 Naturschutzgebiete und 84 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 774.000 ha

3. Neue Versprechungen

Aber Ja, es gibt noch weitere neue Hoffnungsschimmer – beispielsweise wird die Biomedizintechnik erwähnt mit ihren Zentren in Rostock, Greifswald, Teterow und Schwerin unter dem Marketingnamen „Bioconvalley, der die internationalen Marktchancen der überwiegend neuen Betriebe erhöhen soll“ (198)

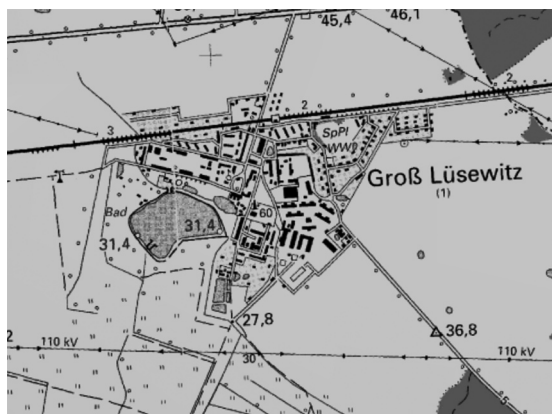
Dazu passt dann als weiterer „Leuchtturm“ die Förderung „grüne GEN-Technik“

Im Jahre 2006 gab es an 26 Standorten (die zum Teil sehr nahe beieinander liegen) Anbau und Freisetzungsversuche von GVO (gentechnisch veränderten Organismen, englisch:GMO), beim Anbau handelt es sich ausschließlich um Mais, bei Freisetzung um Kartoffel und in einem Fall um Sommererbsen.

Ein wichtiger Anbau- und Freisetzungsort ist Sanitz/ Groß Lüsewitz, etwa 15 km östlich von Rostock, nördlich des Flughafens Rostock-Laage, also im weiteren Bereich unserer G8-Aktivitäten. Vom campinski aus gab es im Juni 2006 bereits eine Demo zu diesen Standorten.

a. Woher kommt die „grüne GEN-Technik“ ? Globale Tendenzen.

Es handelt sich um eine sehr junge Entwicklung: vor 10 Jahren wurden die ersten GVO in den USA kommerziell angebaut. Der Konzern Monsanto



ist mit deutlichem Abstand Weltmarktführer, die wichtigsten Produkte sind Soja, Mais, Baumwolle und Raps, die wichtigsten Anbauländer sind USA, Argentinien, Kanada, Brasilien und China.

Der besondere Trick ist es, Pflanzen gegen Unkraut- und Insektengifte einer bestimmten Marke immun zu machen und eben diese Pflanzen zusammen mit den „Pflanzenschutzmitteln“ gemeinsam auf den

Markt zu bringen: beim Spritz-Einsatz werden „Unkräuter“ und „Schädlinge“ vernichtet

Alle Zahlen zum Anbau und der besonderen Bedeutung sind höchst umstritten, da sie einen bedeutsamen Propaganda-Gehalt haben („wenn das so rasant zunimmt, was sollen wir denn noch dagegen tun...“) Unstrittig ist, dass die Anbau-Zahlen zunehmen, dass es den Konzernen gelingt, über Lobby-Organisationen in den internationalen Organisationen die Ausweitung des Anbaus immer wieder erleichtern zu lassen. Unstrittig ist auch, dass es erheblichen Widerstand gegen die Durchsetzung der Agro-Gentechnik gibt: soziale Kämpfe von Bäuerinnen gegen Enteignungen zugunsten industrieller Landwirtschaft, gegen die Abhängigkeit von den großen Saatgutkonzernen. Zahlreiche Studien der Agro-Gentechnik-GegnerInnen zeigen deren Gefahren auf: für andere Organismen, für Resistenzen nach längerer Anwendung, aber auch insgesamt für unkalkulierbare Folgen dieser nicht-rückholbaren Entwicklung.

Im Bereich der „roten Gentechnik“, also bei der Anwendung zur Konstruktion von Medikamenten, haben die Konzerne ihren Durchbruch geschafft: hier gibt es kaum noch grundsätzlichen Widerstand gegen die Gentechnik. Das ist im Agro-Bereich anders. In Europa ist die Kritik an der Agro-Gentechnik weit verbreitet (selbst im „Stammland“ USA wachsen die kritischen Stimmen), die Einführung neuer Pflanzen muss immer neu „durchgesetzt“ werden.

b. Agro-Gentechnik in Deutschland

Seit vielen Jahren gibt es den Versuchsanbau der Gen-Pflanzen, teilweise in geschlossenen Räumen, später auch im Freiland. Neben Monsanto sind hier besonders die Firmen Bayer, BASF, Syngenta, Dow und Pioneer aktiv.

Gegen diese Versuchsanbau gab es zahlreiche Proteste: von symbolischem Widerstand bis zu effektiven Zerstörungen. Nach langer Lobby-Arbeit ist es der Agro-Industrie gelungen, den Erlass eines Gentechnik-Gesetzes zu bewirken, dass von ihnen als erster Schritt gesehen wird: es sieht u.a. eine Kennzeichnungspflicht für GV-Anteile in Lebensmitteln vor, aber auch die gilt nur begrenzt: die Verwendung von gv-Tierfutter kann in den Folgeprodukten wie Fleisch, Milch, Käse ungekennzeichnet bleiben. Weiterhin gibt es seit 2004 den kommerziellen Anbau von Gen-Mais, zugelassen mit „Koexistenz-Regeln“. Dieser „Kompromiß“ soll gleichzeitig den Industrie-Forderungen nachkommen (dem viele weiteren folgen müssen) und auch die aktuelle Skepsis der Verbraucher und KleinbäuerInnen nach sehr langsamer Einführung berücksichtigen. Bisher gab es seit 2005 Anbau von Gen-Mais als Futtermittel: Schwerpunkte waren Brandenburg und MV. Parallel dazu gibt es verstärkt Anstrengungen um Zulassung weiterer Pflanzenzulassungen, jüngst für den Weizenanbau – und auch verstärkten Widerstand dagegen.

...und in MV

Neben den Interessen der Agro-Konzerne gibt einen wichtigen Akteur bei der Durchsetzung der Gen-Technik, und der lässt sich in diesem Bundesland besonders gut beobachten: die „freiheitliche Wissenschaft“.

Ganz banal ausgedrückt handelt es sich um folgendes: früher machten ehrgeizige Forscher (und langsam auch -innen) innerhalb der Universitäten Karriere – und bekamen Jobs in der Industrie als „Berater“, als „Auftragsforscher“, manchmal wechselten sie auch in die großen Forschungsabteilungen.

Heute holen die ForscherInnen zunächst „Drittmittel“ in die Universitäten, steigern damit ihren Einfluss – und sie gelten dann als besonders erfolgreich, wenn sie ihre Tätigkeiten in kleinen Unternehmen („start-ups“) auslagern, die ihnen dann (zusammen mit anderen) privat gehören. Auch hier locken große „Karrierewege“: diese kleinen Firmen können erfolgreich werden, können Produktlinien (und Pflanzen) patentieren lassen, können dann mithilfe von Investmentbankern an die Börse gehen oder können sich auch von den Agro-Konzernen aufkaufen lassen. Am erfolgreichsten sind die, die das noch als Freiheit der Forschung verkaufen, als Weg, um in der globalisierten Weltwirtschaft den Standort Deutschland und seine Arbeitsplätze zu halten: das passiert auf Tagungen, in Konferenzen, in Expertenrunden für „die Politik“.

Konkret nach MV:

Am 1. April 1999 finden im Technologiezentrum Warenünde die „Tage der innovativen und nachhaltigen Landwirtschaft“ statt. Ein interessantes Projekt wird dem Bundesforschungsministerium präsentiert: in Groß Lüsewitz bei Rostock soll ein Kompetenzzentrum für biogene Ressourcen entstehen. Agrarminister Till Backhaus (SPD) schwärmt: „Fachübergreifend könnten dort neue Verfahren der Biotechnologien entwickelt und zur Patentreife geführt werden“

Ein gemeinnütziger Verein wird gegründet, die FINAB eV, Mitglieder kommen aus den Universitäten Rostock und Greifswald, aus staatlichen Forschungsanstalten (Bundesanstalt für Pflanzenzüchtungsforschung, Groß Lüsewitz, Tierforschungsinstitut Dummerdorf, Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten bei Tieren auf der Insel Riems, aber auch Züchterhäuser wie die Kartoffelforscher der NORIKA GmbH oder kleinere private Firmen, nicht zu vergessen Uni-Betriebswirtschaftler als start-up-Berater ...und der wichtige Steuerberater), Chefin ist die Rostocker Wissenschaftlerin Dr. Inge Broer.

Der Bauernverband will die Gentechnik nicht ausklammern, will aber „mit Gefühl und Verstand an den Verbraucher heranführen“ - den Bauern nütze es nichts, wenn der Anbau genveränderter Pflanzen Demonstrationen provoziere.

Am 5. Februar 2002 taucht Backhaus stolz in Sanitz auf: er überbringt persönlich einen Bewilligungsbescheid für eine Teilfinanzierung des Gesamtbetrags von 3.778.000 Euro für das AgroBioechnikum Groß

Lüsewitz.

Das wird am 22. November 2004 eröffnet, FINAB und die neugegründete Tochter biovativ nutzen es seit Beginn 2005 für ihre Forschungs- und Dienstleistungszwecke. Neben Einzelanlagen, die den technischen Anforderungen der Sicherheitsstufe S1 entsprechen (Aufrüstung auf S2 möglich), gibt es Labor-, Lager und Büroräume sowie 260 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche für Freilandversuche, vom Land MV als Pachtland ohne Pachtzahlung zur Verfügung gestellt. Nicht nur das: das Landwirtschaftsministerium hat in den Jahren 2004 und 2005 die Schirmherrschaft über den Erprobungsanbau von gentechnisch verändertem Mais in MV übernommen. Weitere Unternehmen im AgroBioechnikum sind: BLT Bio-Test-Labor Sagerheide GmbH, STZ Soil Biotechnology, Bio OK GmbH, Micar GmbH, FMV

Aktuell läuft auf der Pachtfläche (neben Mais- und Kartoffelversuchen) das besonders umstrittene Freisetzungsjahr mit transgenem Raps (Genehmigungszeitraum 23.8.2004 bis 31.12.2006), das selbst Gen-Technik-BefürworterInnen für gefährlich halten.

Im Januar 2007 wird eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln dagegen verhandelt, aber nach jetziger Einschätzung wird dieser Versuch fortgesetzt werden: sicherlich also auch noch bis zum Juni 2007

Und weiter?

Wir waren uns schon zu Beginn der Kampagne gegen den G8-Gipfel einig: das ist ein guter Anlass, unseren Widerstand zu zeigen, uns kennen zu lernen, unsere noch sehr ungefähren Analysen und Einsichten zu schärfen.

Das gilt. Der Juni 2007 ist nur ein Anfang!

Natürlich fehlen uns auch deutlich Antworten auf die Frage: wenn wir das alles falsch finden, wenn wir uns aktiv dagegen wehren, wenn wir nicht nur kosmetische Reformen fordern: Was wollen wir denn? Wie können wir das erreichen? Was sind die nächsten, positiven Schritte?

Das klingt nach einiger Arbeit.

Langweilig wird es uns wohl nicht werden!

■
Jemand vom Barnimer Aktionsbündnis
gegen Gentechnik

Leseempfehlung:

Die meisten der hier präsentierten Informationen wurden aus folgenden Büchern geklaut.

Karge/Schmied/Münc: Die Geschichte Mecklenburgs, 4. Aufl., Rostock 2004

Informatives Hintergrundpapier zur Raps-Freisetzung von der Koordination Gentech-freie Zonen, Annemarie Vollring, c/o ABL, s. deren Seite.

Anti-Atom-Proteste in Mecklenburg Vorpommern

Die AntiAtom-Bewegung in Mecklenburg-Vorpommern zentriert sich besonders auf den Ostteil des Landes, auf die Region um Greifswald. Der Grund dafür ist das ehemalige KKW ‚Bruno Leuschner‘ in Lubmin, 5 km östlich von Greifswald. Es war eines der beiden AKWs der DDR, mit damals geplanten 8 Reaktorblöcken. Mit der Wiedervereinigung wurden sämtliche Reaktorblöcke stillgelegt. Nach 1990 ging die gesamte Atomanlage in Lubmin in den 100%igen Besitz des Bundes über, in Form der Energiewerke Nord (EWN) als Betreiber.

Die Atomreaktoren sind mittlerweile alle abgebaut worden, die verstrahlten Bestandteile lagern zum Abklingen im Zwischenlager Nord (ZLN), das auf dem EWN-Gelände in Lubmin errichtet wurde. Das Zwischenlager selbst be-

nach Rußland, aber auch die Anlandung von Atommüll aus bundesdeutschen Anlagen erleichtert wird.

Erste öffentliche Proteste gegen das AKW gab es schon 1989, noch zu DDR-Zeiten. Im Frühjahr 1989 gründete sich in Greifswald die Bürgerinitiative Kernenergie (BI Kernenergie), die sich für eine sofortige Stilllegung des KKW ‚Bruno Leuschner‘ stark machte. Sie ist die lokale AntiAtom-Gruppe mit der größten Kontinuität, auch wenn es in den letzten Jahren etwas stiller um sie geworden ist. Seit 2006 gibt es mit der Anti Atom Initiative Greifswald (AAI) eine weitere AntiAtom-Gruppe, die eng mit der BI zusammenarbeitet.

In den 1990ern kam es in Greifswald und Lubmin zu größeren Protestaktionen und Demonstrationen, diverse Fuß- und CASTOR-Transporte von und nach Lubmin wurden



steht aus einer Halle, in der offiziell lediglich Atommüll der abgebauten DDR-Reaktoren (also Lubmin und Rheinsberg) eingelagert werden sollten. Die Dimensionen der Halle sind aber derart groß, daß schon bald klar war, daß die EWN auch Atommüll aus anderen Regionen dort einlagern wollen. Über die Jahre haben sich die EWN beständig darum bemüht, Atommüll aus anderen Regionen und Ländern zu erhalten, um Lubmin zu einem internationalen Atommüllverarbeitungs- und entsorgungspark auszubauen. Ihr aktueller Coup ist die geplante Einlagerung von CASTOR-Behältern (gefüllt mit strahlenden Glaskokillen) aus Frankreich (wobei die Atomfracht ursprünglich aus dem Kernforschungsreaktor in Karlsruhe stammt und lediglich zur „Weiterverarbeitung“ nach Frankreich geschafft wurde). Die EWN haben mittlerweile die Genehmigung für diesen Atommülltransport gerichtlich durchgesetzt. Voraussichtlich Ende 2007 oder Anfang 2008 sollen diese CASTORen nach Lubmin gebracht werden.

Das EWN-Gelände in Lubmin wächst nicht nur zum Atommüllumschlagsplatz, sondern ist auch der Endpunkt für die deutsch-russische Erdgaspipeline, die durch die Ostsee führen soll. In diesem Zusammenhang wird in Lubmin auch ein Gaskraftwerk entstehen, ebenso ist eine Raffinerie für Biodiesel in Planung. Der direkt am EWN gelegene Hafen wurde erweitert und kann jetzt auch von Containerschiffen genutzt werden. Momentan plant die EWN zudem einen direkten Gleisanschluß vom Hafen zum Zwischenlager zu errichten, womit Atommüllanlieferungen von und

blockiert. Aber im Gegensatz z.B. zum Wendland fristet der AntiAtom-Protest nur eine gesellschaftliche Randposition, der keinen größeren Rückhalt in der lokalen Bevölkerung hat. Zuviele Menschen in der Region sind der Atomkraft gegenüber positiv eingestellt, teils aus Nostalgie wegen ihres „sozialistischen Kernkraftwerks in Arbeiterhand“ (und der entsprechenden jahrelangen Pro-Atom-Propaganda), teils weil die EWN einer der wenigen lokalen Arbeitgeber im Industriebereich sind. Um das zu verdeutlichen: In den 1980er Jahren waren zu DDR-Zeiten über zehntausend Menschen in modernen Greifswalder Plattensiedlungen neu angesiedelt worden, um im AKW und den dazugehörigen Betrieben zu arbeiten. Von den damals 20.000 Arbeitsplätzen sind heute keine 1.000 geblieben, stattdessen jedoch die Propaganda der „sicheren Energiegewinnung“ und (bei knapp 19% Arbeitslosigkeit) die Angst um den Arbeitsplatzverlust in der Atomindustrie.

In den vergangenen Monaten formierte sich wieder vermehrt Widerstand gegen die Atomanlage in Lubmin, was u.a. zur Gründung der AAI führte. Schwerpunkte der AAI waren bisher ein Veranstaltungsreihe zum Widerstand gegen die Atommafia sowie Mobilisierung und Teilnahme am Protest gegen die CASTOR-Transporte ins Wendland. Geplant sind für 2007 Proteste gegen die neuerlichen CASTOR-Transporte der EWN nach Lubmin.

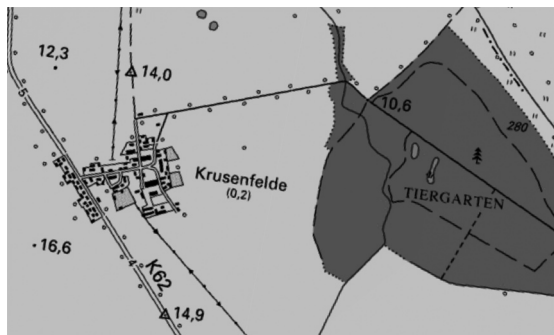
Anti-Atom-Initiative, Greifswald
Kontakt: castor06_hgw@web.de

Kommunen in M-V oder der experimentale Clostrich: Eine andere Welt ist möglich!

Als ich vor nunmehr fast 9 Jahren in den Osten zog, begleiteten mich finstere Ahnungen meiner Freunde: Dunkeldeutschland. Mitnichten- ein weiter Himmel, Kumulus und Stratos, eine strahlende Sonne, tosende Wellen, wiegend und glucksend als würden sie sich über unsere ewigen Anstrengungen über Wasser zu bleiben amüsieren.

Und die Faschisten? Fast hat es den Anschein, als würde die Zaghaftheit der so genannten Linken, die Rechten geradezu ermuntern, in einsamen Landstrichen Politik zu machen. Im Westen von Meck-Pomm jedenfalls sind sie nicht gerade häufig zu beobachten. Allerdings sind sie lernfähig und längst nicht mehr grundsätzlich im prügelnden Skinheaddumper zu finden sondern breiten sich zunehmend im intellektuellen Bereich aus. Es wird Zeit, endlich die Matrix zu erkennen, auf der sie wirken, um sie zu erkennen. Das scheint jedoch ein westliches wie östliches Problem zu sein.

Als ich die Fühler ausstreckte, um hier eine Immobilie für eine Gemeinschaft zu finden, war ich über die Bereitschaft und über das Tempo des Landkreises erstaunt. An den zur Verfügung stehenden Immobilien kann es nicht scheitern. Diese gibt es in jeder Aufmachung hier in Hülle und Fülle und nur der Besitzer, West oder Ost, lässt den Preis erraten. Nach meinen Beobachtungen bewegen wir uns hinsichtlich der Erwerbskosten auf niedrigem Niveau. Das ist der eine Grund, weshalb ich angeraten habe, hier im Osten Kommunen und Gemeinschaften zu gründen. Ein anderer ist der, dass die Einheimischen wissen, was Kommunen sind und diesen eher wohlwollend gegenüberstehen. Während im Westen die Achtung und Akzeptanz die Arbeit an der Turmspitze definiert, ist es im Osten die Idee, das Konzept. Feine und wichtige Unterschiede, die das Siedeln hier leichter machen.



Ein dritter Grund ist verlockend: Hier ist die gesellschaftliche Formung noch längst nicht starr festgefahren, so dass es Spaß macht, sich hier zumindest andere gesellschaftliche Strukturen vorzustellen. Viele Leute ziehen wegen der fehlenden Arbeit weg. Gerade deswegen sollten viele herkommen. Für unsere Ideen der Subsistenz, der Ökologie, der Hierarchiefreiheit und der friedlichen Kommunikation ist hier der Boden bereitet.

Blicke ich über die riesigen Felder mag mich die Monokultur der Rapsfelder erschrecken. Die eingestreuten Wälder und Oasen, die vielen kleinen Seen und Teiche bringen jedoch ein erquickliches Leben in diese Landschaft.

Was sich hier sicherlich genauso schwierig einstellen wird wie überall, ist die Kommunikation in der Kommune selbst, ist sie denn ins Leben gerufen und gepflanzt. „Iles muß klein beginnen, laß doch die Zeit verrinnen, alles muß wachsen und endlich



ist es groß“. (singgemäß Gerhard Schöne)

Es gab eine Zeit, in der habe ich mich nicht für die Gründung neuer Kommunen in dieser jetzigen offenen Art eingesetzt. Ob jemand Kommune leben will und sich diesem Streß und den Ärger aussetzen will oder nicht, muß jeder für sich selbst entscheiden. Ich habe mich stets gesträubt, jemanden das ans Herz zu legen. Ich weiß von den Mühen, ständig gegen den Strom zu schwimmen und ich weiß von der Enttäuschung wieder zurückzutreiben wenn beim Schwimmen eine Rast eingelegt wird. Wer ruhig und besinnlich leben will, geht nicht in die Kommune. Vieles kann die Kommune bieten, nur eines nicht: Sicherheit. Das ist der unschlagbare Vorteil der eingerichteten Bürgerlichkeit. Die Sicherheit auf allen Ebenen, von der Wiege bis zur Bahre, im Grundgesetz verankert, ist für viele ein unverzichtbarer Schatz.

Die Kommune lebt von der Unsicherheit von dem Chaos, von der Überraschung. Leute, die in der Kommune leben sollten sich über den politischen Sinn oder Unsinn dieses Unterfangens im Klaren sein. Mit Kommune entstehen gesellschaftliche Experimente, authentisch und ernsthaft. In der Kommune werden alle wichtigen gesellschaftlichen Widersprüche real ausgetragen. Männer und Frauen, Hierarchie und Anarchie, Kollektiv und Chef, Kapitalismus und Subsistenz, Macht und Ohnmacht. So schwierig dieses Leben auch ist, es ist notwendig sich diesen Prozessen auszusetzen, wollen die Akteure politisch, gesellschaftlich die plakative Utopie einlösen: „Eine andere Welt ist möglich“.

In diesem Sinne

Nicht nur Alte in die Kommunen!!

Uwe Kurzbein



Linke Links nach Mecklenburg-Vorpommern:

Selbstverwaltete Locations und Projekte im Internet:

JAZ, Rostock: <http://www.jaz-rostock.de/>

Interkulturelles Wohnobjekt, Greifswald: <http://www.ikuwo.de/>

JUZ Klex: <http://www.das-klex.de/>

AJZ, Neubrandenburg: <http://www.ajz-nb.de/>

Club-Zebra, Neubrandenburg: <http://www.club-zebra.de/>

Komplex, Schwerin: <http://www.komplex-schwerin.de/>

Noise and more, Schwerin: <http://www.noiseandmore.de/>

Speicher, Pasewalk: <http://www.schwerezeiten.de/>

Tikozigalpa, Wismar: <http://www.tikozigalpa.de.vu/>

Kita, Ribnitz-Damgarten: <http://www.kita-rdg.de/>

Fusion, Lärz: <http://www.fusion-festival.de/>

Medien:

Linkes Internetportal für Mecklenburg-Vorpommern: <http://www.links-lang.de/>

Zeitstreitschrift aus Greifswald: <http://www.likedeeler-online.de/>

Provinzpostille aus Neubrandenburg: <http://www.colporter.info/>

Punkfanzine aus Schwerin: <http://www.sn-punx.de/>

Gruppen:

**Lobby Mecklenburg-Vorpommern, Beratung und Information
für Betroffene rechter Gewalt:** <http://www.lobbi-mv.de/>

**Bewegung 11.01, Zusammenschluss
mehrerer linker Gruppen aus MV :** <http://www.bewegung1101.tk/>

solid, die PDS-nahe Jugendtruppe im Internet : <http://www.solid-mv.de/>

**Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand,
Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener - Bund
der Antifaschisten in MV :** <http://www.vdn-bda-mv.de/>

Antirassistische Initiative Rostock : <http://systemausfall.org/antira/>

Sobi, Verein für Soziale Bildung aus Rostock: <http://www.soziale-bildung.org/>

Antifa Wismar: <http://www.antifa-wismar.de/>

Antifaschistische Aktion Greifswald: <http://greifswald.antifa.de/>

Autonome Antifa Schwerin: <http://www.antifa-sn.de/>

Zitadelle Wolgast, linke Gruppe aus Wolgast:
<http://www.beepworld.de/members98/transrapid1000/>

Initiative „Burschis aus der Deckung holen“: <http://www.burschis-anfechten.tk/>

Initiative „Schon vergessen?“: <http://www.schon-vergessen.tk/>